62. Ausgabe · 38. Jahrgang / Einzel-Nummer 20 Pf.

„Freiheit und Brot!"

München, Donnerstag, 11. Juni 1925

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Verlag: Frz. Eher Nachfg., G.m.b.H. / Hauptgeschäftsst.: München, Thierschstr. 15 / Fernr. 20647 / Drahtanschr.: „Beobachter München" / Postscheckkonto: Frz. Eher Nachfg., G.m.b.H. München 11346 u. Postsparkassent.: Frz. Eher Nachfg., G.m.b.H., Wien 79921 / Schriftltg.: München, Schellingstr. 39/I / Fernr. 20801—20803 / Sprechstd. tägl. v. 10—11 Uhr vorm.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Erscheint täglich / Bezugspreis monatlich 3.25 Mark zuzüglich Postbestellgeld / Anzeigenpreise: Die 31,5 mm breite und 1 mm hohe Zeile kostet 20 Goldpfennig / Im Textteil die 65 mm breite und 1 mm hohe Zeile 80 Goldpfennig / Anzeigenschluß 10 Uhr vormittags / Anzeigen-Abteilung: Schellingstr. 39/I / Fernruf-Nummer 20801

Eine neue Kapitulation oder Widerstand?

Neue Polizeischikane — Spendeverbot für die N.S.D.A.P.

Kapitulation oder Widerstand?

Öffentliche Versammlung der N.S.D.A.P., 9. Juni 1925, Pg. Schiedermeier streift bei der Eröffnung kurz die Aufhebung der Immunität Streichers und gibt seiner Empörung über die Rolle des Herrn Doerffler Ausdruck (Lebhafte Pfui-Rufe, Verräter, Schuft).

Pg. Dr. Buttmann kommt im Eingang seines Referats auf den Vorfall zurück und betont die grundsätzliche Bedeutung der Abstimmung. Die Sozialdemokraten hätten bei diesem noch nie dagewesenen Verfahren ihre Grundsätze preisgegeben, während die Bayer. Volkspartei auf diese Weise die völkische Bewegung mundtot zu machen suche. Nun käme es auf die Abstimmung im Plenum an.

Doerfflers Haltung — der übrigens den Vorsitz in diesem Ausschuß führt — bezeichnet Dr. Buttmann als schmählichen Vorgang.

Nach dieser Einleitung kommt Referent auf sein eigentliches Thema zu sprechen, indem er von einer Äußerung des Reichswehrministers vom Jahre 1920 anläßlich der Auslieferungsforderung der „Kriegsverbrecher" ankämpft. „Die Reichsregierung suche keine außenpolitische Erfolge." Das stimme vollkommen, für sie gäbe es nur parteipolitische Erfolge. Zu dieser Regierung, in der ein Geßler als „Fachminister" der Reichswehr und der mit Juda versippte Freimaurer Stresemann sitze, könne niemand Vertrauen haben. Man dürfe auch nicht alles von Hindenburg erwarten; das deutsche Volk müsse aus sich heraus ihn unterstützen und die Treue halten, die es ihm bei der Wahl gelobt habe. Vom Reichstag, in dessen Ausschuß der marxistische Ministerpräsident Braun und Isidor Weismann, sei erst recht nichts zu erhoffen. Zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage, in der die Note eintreffe, behandelte Dr. B. zunächst die Wirtschaftspolitik: Das erste Jahr der Dawesgesetze neige sich seinem Ende zu, von den erhofften Geldströmen der Anleihen sei ebensowenig etwas zu spüren, wie von dem „Silberstreifen" des Herrn Stresemann. Der Stinneskonzern stehe vor dem finanziellen Zusammenbruch, die Arbeiterschaft müsse sich mit Hungerlöhnen begnügen (16 Mark Wochenlohn für Familienväter). Der Kampf gegen die Dawesgesetze setze in der Eisenbahnerschaft ein, leider etwas reichlich spät. Die Auswanderung nach der Übersee, die im Juli 1924 eine Höhe von 4873 Tausend pro Monat, sei im Oktober bereits trotz der schlechten Bedingungen im Ausland auf 5861 gestiegen und treffe in erster Linie die werktätige Bevölkerung, darunter die Landwirtschaft. Arbeitslosigkeit und eine neue Inflation ständen drohend bevor. Das Fazit dieser Erörterungen besage, daß die Politik des 29. Aug. die Wirtschaft in den Abgrund gestürzt habe, die neuen Versprechungen müßten als Schwindel bezeichnet werden.

Zur außenpolitischen Lage betont Dr. Buttmann die Umgruppierung im fernen Osten, durch Bündnisse, Einstellung der gelben Rasse gegen England, das jetzt ziemlich isoliert sei und dessen Weltreich zu wanken beginne (Indien!); andererseits sei das Verhältnis Frankreichs zu den Vasallenstaaten im Osten gefestigt, während Italien abwartend beiseite stehe, um im Trüben zu fischen. Die Bolschewiken verfolgten indessen ihre Ziele weiter. Sofia bilde das Signal zur Weltrevolution, die sich nicht auf dem Balkan beschränken werde. Folgerung: Seit dem Friedensvertrag von Versailles gäbe es in Europa keinen Frieden, der Aufmarsch sei vollendet, nun könnte der Fall eintreten, den der französische General de Metz 1923 voraussagte, daß der nächste Krieg sich auf dem rechten Rheinufer abspielen werde. In diesem Augenblick habe die Deutsche Außenpolitik nichts Besseres zu tun, als bei der Entente um den Eintritt in den Völkerbund unter Verzicht auf deutsches Land und deutsche Brüder nachzusuchen. Die Entwaffnungsnote sei die Antwort darauf.

Die innenpolitische Lage kurz streifend, bemerkte Referent, unser Volk sei zerklüfteter denn je. Hindenburg habe zur Versöhnung gemahnt und werde daher in erbärmlicher Weise von der jüdischen Presse beschmutzt. Schon bei der Amnestie könne man den Kuhhandel zwischen den Parteien wahrnehmen, man werde erleben, daß die Separatisten weiter ihr Unwesen treiben könnten, während Hitler die Amnestie vorenthalten würde.

Bei der Beurteilung der Entwaffnungsnote wisse man nicht, ob es eine Spekulation auf die Dummheit der deutschen Hinterhältigkeit oder Spott und Hohn sei. Auf der einen Seite käme die Judenjungenangst vor dem kleinen deutschen Heere zum Ausdruck, was für dieses sehr ehrenvoll sei, angesichts des achtmal so starken französischen Heeres, dazu komme der Neid auf die deutsche Industrie. Die „Münchn. Post" meinte, daß der „ententistische Kaufmann" seinen Einfluß auf die Abfassung ausgeübt habe, richtiger sei es der internationale Händlergeist Judas, der hier zum Ausdruck kommt. Der Geist der Verlogenheit leuchte aus Artikel 4 hervor, in dem zwar die Abberufung der Kontrollkommission zugesagt wurde, falls die Bestimmungen erfüllt seien, dafür berate jetzt aber der Völkerbund über die Kommission, die er einzusetzen gedenkt, die berechtigt sein soll, in alle staatlichen Einrichtungen hineinzuschnüffeln; hier werde wieder einmal Deutschland mehr zugemutet als im Versailler Vertrag. Redner gab sodann eine Blütenlese aus den Bestimmungen zum Besten. Die Bestimmungen über die Polizei und ihre Stahlhelme usw., den Großen Generalstab, Platzpatronen usw. wirkten erheiternd und zeigten die erbärmliche Angst des waffenstarrenden Frankreichs vor dem entwaffneten Deutschland. Dann beleuchtete Referent Äußerungen des „Manchester Guardian" und „Daily News", die die Note verurteilten und Deutschlands Entwaffnung feststellten. Demgegenüber wirkten sehr sonderbar Äußerungen der „Voss. Ztg.", die die Note als „Produkt beginnender politischer Klärung" und von freundschaftlichen Beziehungen sprach und, des „Vorwärts", der den deutschen Nationalismus für die Abfassung der Note verantwortlich machte. Wichtiger seien allerdings Äußerungen des amtlichen Englands, das die Forderungen als minimale bezeichnete und keine Verhandlungen für zulässig hielt. Der Zweck der Note sei, die Verhandlungen über das Stresemannsche „Sicherheits"angebot zu erleichtern, auf die dann Deutschlands Eintritt in den Völkerbund erfolge. Deutschland würde dann als Mitglied der Kriegsschauplatz im Kampf zwischen dem Westen und Osten.

Reicher Beifall belohnte den Redner am Schluß. Lebhaften Unwillen rief die Mitteilung hervor, daß öffentliche Sammlungen verboten seien, dagegen wurde mit Begeisterung die Aufforderung angenommen, daß jeder sein Scherflein an der Kasse abliefern könne. Gegner meldeten sich trotz der Aufforderung nicht zum Wort. — Zum Schluß gab Dr. Buttmann noch bekannt, daß er am Donnerstag in einer Parallelversammlung in Plauen reden werde. Ein ironisches Lächeln rief die Mitteilung hervor, daß ein Spitzel den Vortrag stenographisch mitgeschrieben habe. Mit einer Aufforderung, den Geist des Widerstandes zu stärken, fand die harmonisch verlaufene Sammlung ein Ende.

—ch.

Zusammenschluß der Völkischen und Nationalsozialisten

tu. **Berlin, 9. Juni. Die völkische Reichstagsfraktion gibt folgendes bekannt: Nachdem durch den Übertritt des bisherigen deutschnationalen Abgeordneten Dr. Best zur Deutschvölkischen Freiheitspartei sich die Zahl der völkischen Vertreter im Reichstag insgesamt auf 15 erhöht hat, bot sich die Gelegenheit durch eine Zusammenfassung der beiden Richtungen Fraktionsstärke und damit wieder eine völkische Vertretung in allen wichtigen Arbeitsausschüssen des Reichstags zu erlangen. Diese Gelegenheit wurde wahrgenommen und es haben sich die Reichstagsabgeordneten der Deutschvölkischen Freiheitspartei und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei unter Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit zu einer völkischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.**

Die Parteiführer beim Reichskanzler

Berlin, 10. Juni. Wie gemeldet wird, hat Reichskanzler Dr. Luther gestern nachmittag 6 Uhr die Führer der Reichstagsfraktionen von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten empfangen, um mit ihnen die Entwaffnungsnote, die heute Gegenstand der Beratungen im Auswärtigen Ausschuß sein wird, zu besprechen.

Verurteilung eines Landesverräters

tu. **Breslau,** 9. Juni. Der Strafsenat des Breslauer Oberlandesgerichts verurteilte den Kupferschmied Scholtyssek wegen Spionage und versuchten Landesverrates. Scholtyssek hat im vorigen November versucht, von drei Reichswehrsoldaten geheime militärische Papiere und ein Maschinengewehr zu erlangen. Die Soldaten erstatteten Anzeige und Scholtyssek wurde verhaftet. Der Angeklagte hatte vom Spionagebureau bereits einen Vorschuß von 40 Schweizer Franken erhalten. Das Urteil lautete auf vier Jahre sechs Monate Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte acht Jahre Zuchthaus beantragt.

Wiederbeginn der Industrieverhandlungen

Paris, 10. Juni. Wie verlautet, werden die privaten wirtschaftlichen Besprechungen zwischen deutschen und französischen Schwerindustriellen am Donnerstag in Paris wieder aufgenommen.

Deutscher Sprachunterricht in den bulgarischen Schulen

Berlin, 10. Juni Wie gemeldet wird, beschloß das bulgarische Kultusministerium die obligatorische Einführung des deutschen Sprachunterrichtes in allen Schulen Bulgariens.

Mißglückter Flug des Zeppelin-Luftschiffes „Los Angelos"

tu. **Newyork,** 9. Juni. Wie Blätter melden, hat das Zeppelinluftschiff „Los Angelos" auf seinem Flug nach Minnesota (Ohio) einen Motordefekt gehabt, der es zwang, nach Lakehurst zurückzukehren. Zwölf Stunden dauerten die Landungsversuche. — Wahrscheinlich tritt das Luftschiff schon in zwei Tagen einen zweiten Flug nach Minnesota an.

Kommunistenverschwörung in Lissabon

tu. **Lissabon, 10. Juni. Gestern ist eine neue kommunistische Verschwörung gegen den Staats- und den Kammerpräsidenten aufgedeckt worden. Viele Verhaftungen sind vorgenommen worden.**

Der reisende Seipel

Genf, 10. Juni. Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Seipel, der zur Zeit eine Vortragsreise durch die Schweiz macht, sprach gestern in Zürich vor deutsch-schweizerischen Pressevertretern u. a. auch über die Anschlußfrage und erklärte, das Anschlußverbot sei eine der größten Inkonsequenzen des Friedensvertrages. Zweifellos ergebe sich, wenn heute eine entscheidende Abstimmung stattfinden würde, eine ungeheure Mehrheit für den Anschluß an Deutschland.

Sicherheitspaktkomödie

tu. **London,** 10. Juni. Die Berichte der englischen Blätter über die Verständigung zwischen Chamberlain und Briand in Genf sind unklar und widerspruchsvoll. Die Gruppe englischer Politiker, die man als Isolationspolitiker bezeichnet, greift die Regierung scharf an.

Von Seiten der Regierung wird dagegen darauf hingewiesen, daß die Verständigung in Genf ohne Aufgabe der bisherigen vertretenen englischen Grundsätze erfolgt sei. Der Standpunkt Englands wäre die Ablehnung der Grundgedanken des Genfer Protokolls. Die neuen Abmachungen seien unter keinen Umständen als eine Wiederbelebung der Grundgedanken des Genfer Protokolls zu bezeichnen. Die englischen Verpflichtungen hielten sich auch nach der neuen Verständigung zwischen Briand und Chamberlain absolut im Rahmen der Bestimmungen des Völkerbundspaktes. Demzufolge bedeute eine Zustimmung Englands zum französischen Vorschlag nicht die Übernahme von unerträglichen Verpflichtungen. Da aber Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland und den angrenzenden Staaten wie Polen, die Tschechoslowakei und Frankreich, abgeschlossen würden, so könne ein Kriegsfall, der für England weitergehende Verpflichtungen in sich schlösse, nur dann eintreten, wenn Deutschland ein Schiedsgerichtsverfahren ablehne und Polen zum Beispiel ohne herausgefordert zu sein, angriffe. In diesem Falle würde der französische Bündnisvertrag wirksam werden. Da man aber ein von Angriffsabsichten erfülltes Deutschland nicht als Voraussetzung für die gegenwärtigen Abmachungen beachte, so wäre Deutschlands Lage und auch Englands in keiner Weise verschlechtert.

Der diplomatische Korrespondent des „Star" schreibt: Deutschland müsse das Opfer bringen, den Gedanken an eine Revanche aufzugeben. England opfere dafür seine Isolation und beteilige sich seinerseits an der Sicherheit Europas. Sollte Frankreich einen Angriff auf Deutschland unternehmen, so würde England genau so zum Schutze Deutschlands verpflichtet sein wie im umgekehrten Falle.

Italien und der Sicherheitspakt

tu. **Genf,** 10. Juni. Der Vertreter Italiens im Völkerbundsrat, Scialoja, empfing gestern nachmittag die Vertreter der Presse, um ihnen die italienische Stellung zum Sicherheitspakt darzulegen. Er erklärte u. a., Italien lege dem Pakt zwischen den Westmächten und Deutschland, wie überhaupt jedem Versuch, zum Völkerfrieden zu gelangen, große Bedeutung bei. Die Erklärung Mussolinis im Parlament hätte die Richtlinien der italienischen Politik festgelegt. Italien habe an einem Sicherheitspakt, der die Rheingrenze berühre, kein unmittelbares Interesse, wohl aber an einem Pakt, der alle Grenzfragen im Sinne der Friedensverträge regele. Deutschlands Teilnahme an einem solchen Pakt wäre von höchster Bedeutung. Es müsse mit der ihm von Frankreich erteilten Antwort zufrieden sein, da sie alles enthalte, was Deutschland erhoffen könne. Deutschland stände bisher außerhalb des Völkerbundes und nehme deshalb an seinen Bestimmungen über die Friedenssicherungen nicht teil. Sein Eintritt in den Völkerbund hänge allein von ihm ab. Alle Mitglieder des Rates wären Deutschlands Eintritt in den Völkerbund günstig gesinnt, wenn Deutschland keine besonderen Bedingungen stelle.

Kommentare der italienischen Presse

tu. **Rom,** 10. Juni. Die Havasnote über die französisch-englische Verständigung zum Garantievertrag wird in der römischen Presse sehr skeptisch kommentiert. Die „Tribuna" meint, damit werde der europäische Friede nicht besiegelt. Es blieben zuviele Fragen offen. England, das nach Zerstörung der deutschen Flotte und des deutschen Kolonialbesitzes sein großes Ziel erreicht habe, zeige wieder sein Interesse für kontinentale Verhältnisse, wenn es die am wenigsten gefährdete Westgrenze Deutschlands garantiere und die Garantie für die gefährdeten Ostgrenzen ablehne. Anders urteilt Coppola in der „Idea Nazionale". Im Grunde genommen, schreibt Coppola, garantiert England auch die Ostgrenzen, wenn es deren Unverletzbarkeit dem Völkerbund zu schützen überträgt. Die im Garantieabkommen enthaltenen Unsicherheiten nehmen denselben jeden realen Wert für eine europäische Sicherung. Zu demselben Schluß kommt „Epoca", die die Havasnote als ungewöhnlich verlogen charakterisiert, deren Zweck es sei, die öffentliche Meinung über die Tragweite der englisch-französischen Verständigung, die weit über den Versailler Vertrag hinausgehe, irrezuführen.

Zu dem Bericht der Militärkontrollkommission

Berlin, 9. Juni. Der bis jetzt hier im Auszug bekannte Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission zählt eine Reihe von „Verfehlungen" Deutschlands auf, die sich, wie die „Telegraphen-Union" von gutunterrichteter Stelle erfährt, vor der unverkürzten amtlichen Veröffentlichung des Berichtes widerlegen lassen. Schon die neue Botschafternote hat auf eine Reihe von Verstößen Deutschlands, wie sie der im Januar hergestellte Kontrollbericht aufführt, nicht mehr Bezug genommen. Nach dem Bericht soll sich während der rund 2000 Kontrollbesuche der deutsche Wille zur Obstruktion deutlich gezeigt haben. Gerade der Wunsch der deutschen Stellen aber war es, durch Entgegenkommen die Tätigkeit der Kontrollkommission zu beschleunigen und zu beendigen, da, wie allgemein bekannt ist, das Auftreten der Kommission von Woche zu Woche größer wurde. Trotzdem ist die Generalinspektion ausgedehnt worden. Die vermeintlichen Verfehlungen gegen die Abrüstungsbestimmungen sind zum Teil in die Botschafternote aufgenommen worden, so daß sich eine nochmalige Gegenüberstellung der Tatsachen nicht lohnte.

Neu ist der Vorwurf, daß Verfasser gewisser Zeitungsartikel, die Übertretungen des Versailler Vertrages beleuchteten, wegen Hochverrats gerichtlich verfolgt und bestraft worden seien. Es ist allerdings eine Reihe von Landesverratsprozessen gegen Personen geführt worden, die stillschweigend oder offen angedeutet haben, daß die deutsche Reichsregierung Verstöße gegen den Versailler Vertrag geduldet habe.

Deutlicher als durch diesen Vorwurf in der Kontrollnote kann nicht mehr bewiesen werden, daß das ganze Pack der Marxisten, Pazifisten usw. auf deutschem Boden Hand in Hand mit unseren unerbittlichen Feinden an Deutschlands völliger Zerschlagung arbeitet, zu welchem Zweck es von Alljuda finanziert wird.

Der Frontkriegerbund zur Entwaffnungsnote

Der Bund hat gegen die Annahme der Dawesgesetze seinerzeit in der Presse und in öffentlichen Versammlungen schärfstens Stellung genommen. Die Gesetze wurden angenommen und bis jetzt erfüllt, die Gegenleistungen blieben aus! Als weitere Gegenleistung kam die Entwaffnungsnote.

Dieses Machwerk treibt jedem Deutschen, der einen Rest von Stolz, Ehr- und Freiheitsgefühl in sich trägt, die Zornesröte ins Gesicht. Beugen wir uns abermals, dann ernten wir nichts als den Hohn der Sieger, die Verachtung der freien Völker und den Vorwurf der Feigheit, Nichtswürdigkeit und Ehrlosigkeit.

Rhein und Ruhr sind Frankreich nicht feil! Wir kennen den Jahrtausend alten Kampf Frankreichs um den Rhein. Wir wissen, daß der Besitz des Ruhrgebietes Frankreich zum Herrscher Europas macht.

Wir wissen aber auch und daran erinnern wir, daß es für ein Volk mit der Ruhmesgeschichte der Deutschen eine Grenze in der Selbsterniedrigung und der Selbstentmannung geben muß.

Wir fühlen den von Haß diktierten Hohn, wenn die Note in alle Welt ausruft, es sei nur zu unserm Heil und Vorteil uns unter Aufsicht und Vormundschaft zu stellen.

Der F.K.B. fordert, daß die Regierung den Weg der Kapitulationen endlich verläßt und daß diejenigen unter Aufsicht und Vormundschaft gestellt werden, die den Geist der Erfüllung und Erschlaffung predigten und uns unfähig machten, Frankreich entsprechend zu erwidern.

Dauernde Unterwerfung und Sklavengeduld werden die Rheinlande nie befreien, sie werden aber im deutschen Volk jeden Freiheitswillen, Stolz und Mut, jede Begeisterung und jedes Kraftbewußtsein zerstören, und Deutschland aus der Geschichte der Völker streichen.

Die Bundesleitung.

Die Völkerbundsratssitzung

Genf, 9. Juni. Der Völkerbundsrat begann heute mit der Prüfung der ihm vom Finanzausschuß unterbreiteten Berichte über die Lage Ungarns und Österreichs. Für die Elektrisierung der Bundesbahnen, und zwar der Strecke Innsbruck—Salzburg, wurden 88 Millionen Goldkronen zur Verfügung gestellt, die der Anleihe entnommen werden und in drei Jahren zurückgezahlt werden müssen. Der Rat billigte dann einen längeren Bericht über den Frauenhandel.

Fortdauer der Offensive Abd el Krims

tu. **Paris, 10. Juni. Nach einer Radiomeldung aus Rabat dauern die Angriffe der Truppen Abd el Krims mit unverminderter Heftigkeit an. Die Rifleute sind in Richtung auf Uezzan weiter vorgedrungen. Die Stadt gilt als bedroht.**

Die Marokkodebatte vertagt

Paris, 10. Juni. Die Kammer beschloß gestern nachmittag mit starker Mehrheit die Interpellation des Kommunisten **Doriot** über Marokko einstweilen zurückzustellen. Es lag ein von 50 kommunistischen und sozialistischen Abgeordneten unterzeichneter Antrag auf sofortige Erörterung dieser Interpellation vor.

Frankreichs Gläubiger

London, 10. Juni. Die britische Handelskammer hat gestern ihre Jahrestagung abgehalten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, Maßnahmen zur beschleunigten Eintreibung der alliierten Kriegsschulden zu ergreifen. Ein Redner erklärte, es liege kein Grund vor, daß die englischen Steuerzahler weiterhin drückende Abgaben entrichteten, weil Frankreich seinen Schuldverpflichtungen nicht nachkomme.

Festigung des französischen Frankenkurses

tu. **Berlin,** 9. Juni. Die Ankündigung des französischen Finanzministers, der spekulativen Bewegung des französischen Franken unter Verwendung des Restes der Morgananleihe entgegenzutreten, ist heute anscheinend zur Ausführung gekommen. In London wurde vormittags der französische Frankenkurs mit 99.30 gehandelt gegenüber einem Vortagskurse von 100.60. Ob diese Befestigung von Bestand sein wird, bleibt abzuwarten. — Morgen wird er wieder fallen, wenn es Alljuda so haben will.

Unerhörte Polizeischikane

Bei der öffentlichen Massenversammlung der N.S.D.A.P. im Bürgerbräu, am 9. Juni, mußte mitgeteilt werden, daß die Polizei die üblichen freiwilligen Spenden für den Parteifonds verboten hat.

Wir fragen an, ob es den Marxisten und dem Judenschutzbanner Schwarz-rot-gold auch verboten ist, Gelder für ihren „Verein" zu sammeln?

Diese neue Schikane ist Ausfluß jener terroristischen Scheinheiligkeit, die in Bayern seit dem Regiment der Partei des Herrn Polizeiministers Stützel amtsüblich ist. Die Herren kümmert es nicht mehr, ob ihre Maßnahmen überhaupt noch von der geringsten, durch halsbrecherischeste Paragraphenakrobatik zu findende gesetzliche Unterlage gestützt werden.

Am liebsten sehen es diese Patentpatrioten, wenn jeder anständige ehrliche Vaterlandsliebende im Schatten ihrer christlichen Nächstenliebe verrecken würde. Soweit sind wir aber noch nicht.

An diesem neuen unerhört ungerechten Knebelungsversuch mag die Öffentlichkeit erkennen, daß sich die ohnmächtige Wut der Bayerischen-Volkspartei-Helden gegen die N.S.D.A.P. Adolf Hitlers bereits zu überschlagen beginnt.

hsj.

Die Stellung des Kabinetts Poullet bedroht

Brüssel, 10. Juni Das seit gestern gebildete Kabinett gilt bereits wieder als bedroht. Wenn es auch am nächsten Dienstag das Vertrauensvotum der Kammer erhält, so bezweifelt man, daß es sich vor dem Senat behaupten werde.

Der Senat besteht aus 71 Katholiken, 21 Liberalen und 59 Sozialisten. Am Freitag haben nur 31 Mitglieder der Rechtsparteien Poullet das Vertrauen ausgesprochen. 40 beabsichtigen, mit den Liberalen in die Opposition zu treten. Man sieht voraus, daß die vlämischen Elemente der Katholiken und Sozialisten ebenfalls zur Opposition übergehen werden.

Zankoff an die Botschafterkonferenz

tu. **Berlin,** 10. Juni. Wie aus Sofia gemeldet wird, hat Ministerpräsident Zankoff an die Botschafterkonferenz in Paris eine Note geschickt, in der die Beurlaubung der Freiwilligen angezeigt wird. In der Note heißt es: Bulgarien werde nötigenfalls gezwungen sein, die beurlaubten Freiwilligen wieder unter die Waffen zu rufen, ohne die Zustimmung von Paris abzuwarten.

Die Einführung der Zivildienstpflicht in der Schweiz

tu. **Basel,** 10. Juni. Der schweizerische Ständerat lehnte eine Vorlage, die von 40 000 Unterschriften unterstützt war, über die Einführung der Zivildienstpflicht in der Schweiz für solche Personen, die aus gewissen Gründen den Militärdienst verweigern zu müssen glauben, mit 37 gegen 1 Stimme ab.

Die außenpolitische Lage Frankreichs

tu. **Paris,** 10. Juni. Die Blätter halten das französisch-englische Einvernehmen in der Sicherungsfrage für das größte Ereignis seit dem Friedensschluß. Der „Temps" feiert das persönliche Verdienst Briands, um das Zustandekommen des Übereinkommens mit Großbritannien und meint, daß sich eine bedeutende Verbesserung der Situation zugunsten Frankreichs vollzogen habe.

Als wichtigsten Punkt des geschlossenen Übereinkommens stellt der „Temps" die Tatsache fest, daß Großbritannien sich im Falle eines deutschen Angriffs mit allen Streitkräften auf die Seite Frankreichs stellt.

Was die Sicherung der Ostgrenzen anbelangt, so versteht sich von selbst, daß die Beschlüsse eines Schiedsgerichts sich nicht auf Territorialfragen beziehen könnten.

„Intransigent" stellt fest, Chamberlain und Briand hätten eine Großtat vollbracht. Die Bestimmungen Versailler Vertrags seien nicht nur ausdrücklich neu beglaubigt worden, sondern auch die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich habe durch das Übereinkommen aufs neue eine Bestätigung erhalten.

Das „Journal des Débats" meint, der Umschwung der Situation zugunsten Frankreichs sei offenkundig. Man könne sagen, daß die Zeit günstiger sei als 1914. Damals stand Frankreich zwei verbündeten Kaiserreichen mit insgesamt 120 Millionen Einwohnern gegenüber. Heute sei nur noch Deutschland mit 65 Millionen übriggeblieben. Als Ersatz für Rußland zählten für Frankreich die verbündeten Staaten im Osten von 70 Millionen Einwohnern, ohne die Baltischen Staaten, die auch an der Aufrechterhaltung des Friedens interessiert seien. Die früheren Verbündeten Deutschlands, Bulgarien und die Türkei, könnten keinen ernsthaften Schaden anrichten. Es bestehe also aller Grund zum Optimismus.

Die „Liberté" hält die Ergänzung des Rheinpaktes durch einen besonderen Schiedsgerichtsvertrag zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei, den Frankreich garantieren würde, zur Durchführung der allgemeinen Entspannung für unerläßlich.

Wir und die Agrarzölle

Von Gregor Straßer, M. d. R.

Unsere Linke jubelt: sie hat einen Knochen, einen großen Knochen gefunden: die neue Schutzzollvorlage!

Nachdem die außenpolitischen Erfolge jetzt durch Herrn Stresemann eingeheimst werden, dieweilen der ewige Außenministerkandidat der Sozialdemokraten, Herr Dr. Breitscheid, nur etwas pazifistische Soße über den Flammerie von Stresemanns „nationaler Realpolitik" gießen darf, waren die streitbaren Mannen unserer Linken, Demokratie und Sozialdemokratie, eigentlich recht beschäftigungslos. In der Regierung sind sie nicht vertreten, Anlaß zur Kritik bietet ihnen der geschmeidige — allzu geschmeidige — Herr Luther wenig, die Wut über die Hindenburgwahl ließ sich auch nicht dauernd auf Eis setzen, um so mehr, als alle die Schritte, die man dem dummen Volk als Folge einer etwaigen Wahl Hindenburgs an die Wand gemalt hatte, ausblieben, die Kriegsgefahr, ebenso wie die Kreditsperre Amerikas und wie alle die schönen Lügen hießen — wirklich, es war eine flaue Zeit für die Herren von der Linken, deren größte Stärke doch nun einmal die jahrzehntelang geübte Hetze ist.

Nun aber sind sie glücklich: die von den Deutschnationalen stark beeinflußte Reichsregierung hat eine Schutzzollvorlage eingebracht, die neben Industrieschutzzöllen auch Agrarzölle vorsieht; das war ein gefundenes Fressen! Und mit wilder Gier stürzt sich die ganze Meute auf den Knochen: „Brotverteuerung, Ausbeutung des Volkes durch die Landwirtschaft, Neue Teuerung durch die wucherische Landwirtschaft, Krieg der Agrarier gegen das Volk." So schallt es mit herrlicher Einträchtigkeit vom „Berliner Tageblatt" über den „Vorwärts" bis zur „Roten Fahne", und die Volksseele wird mit Gewalt zum Kochen gebracht. Volksversammlungen werden einberufen, die Gewerkschaften erlassen kriegerische Aufrufe gegen Ausbeutung und Wucher, Streiks werden angekündigt, kurz, es ist wieder eine Lust für unsere Linkspolitiker — Demokraten und Marxisten —, Politik zu treiben. Die ganze ungeheure Verlogenheit dieser Leute kommt darin zum Ausdruck, jene Verlogenheit, die zur unsühnbaren Schuld wird am Gedanken der Volksgemeinschaft, zur unsühnbaren Schuld wird an der Nation und ihrer Zukunft!

Diese Leute wagen es, von der Ausbeutung des Volkes durch die Landwirtschaft zu sprechen, diese Leute, die in den Jahren ihrer Macht, ihrer unumschränkten Macht die Beraubung des Volkes durch Inflation seitens des Staates direkt organisierten und die Ausbeutung der Nation durch ausländische Schieber und Wucherer geradezu förderten; diese Leute, unter deren unfähiger Herrschaft der Einfluß des internationalen Kapitals, der Trusts und der Banken in fürchterlicher Weise wuchs, so wuchs, daß die gesamte Industrie heute diesen Mächten tributpflichtig ist, und nur noch scheinbar eine selbständige Wirtschaftsmacht bildet, diese Leute wagen es, von der kapitalistischen Gewinnwirtschaft der Landwirtschaft zu sprechen; diese Leute, die seit Jahren die bodenständigen Kräfte vernachlässigt und unterdrückt haben, die seit Jahren außer- und innerpolitisch — äußeren und inneren Feinden Deutschlands bewußt oder unbewußt Vorschub leisteten, diese Leute wagen es, die deutsche Landwirtschaft als Feind des Volkes hinzustellen und zu einem Vernichtungskampf der Verbraucher gegen die Bauernschaft zu hetzen. Die ganze Infamie, die ganze hetzerische Gemeinheit dieser Leute, aber auch ihre jüdisch-gefährlichen Absichten kommen darin zum Ausdruck, wiederum einen innerpolitischen Kampf zu entfesseln, bei dem das deutsche Volk sich gegenseitig zerfleischen soll, damit die Kluft innerhalb der Nation immer tiefer aufgerissen wird.

Dies ist eine, die ethische Seite der Sache! Nun zur praktisch-tatsächlichen!

Über zwei Wahrheiten bestehen wohl keine Meinungsverschiedenheiten bei allen ehrlichen Menschen! Erstens: die deutsche Landwirtschaft kämpft einen verzweifelten Kampf um ihre Existenzfähigkeit, da die Preise für landwirtschaftliche Produkte gegenüber dem allgemeinen Preisniveau viel zu niedrig sind, als daß eine lohnende Verwertung möglich wäre. Die Folge ist weitgehende Verschuldung

der Landwirtschaft, weitere Folgen Extensivierung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, Rückgang der Produktion!

Zweitens: Agrarzölle bringen für sich allein betrachtet und ohne entsprechende Begleitmaßnahmen unzweifelhaft eine Verteuerung des Getreidepreises, des Brotes, mit sich, die heute, wo die gesamte Verbraucherschaft — nicht nur die Handarbeiter — unter der Lebensnotwendigkeit entlohnt werden, nicht erträglich ist, ohne daß sie sofort durch entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgeglichen wird.

Diese beiden scheinbar unversönlich sich gegenüberstehenden Grundwahrheiten gilt es festzuhalten und dann das Problem vom Standpunkt des Allgemeinwohls, vom Standpunkt der Nation aus zu betrachten! Von diesem Standpunkt aus ist zu sagen, daß der Schutz der deutschen Landwirtschaft höchste, wichtigste und primärste Aufgabe ist. Es muß das Ziel jeder deutschen Politik, insbesondere jeder völkischen Politik sein, die deutsche Landwirtschaft in den Stand zu setzen, das deutsche Wirtschaftsgebiet selbst zu versorgen und von der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zu befreien. Die Gründe hierfür sind ebenso außenpolitischer, wie innerpolitischer, wie wirtschaftlich-politischer und schließlich finanzpolitischer Art, und das Ziel ist derart überragend wichtig, daß sämtliche anderen Gesichtspunkte daneben verblassen! Alle Mittel, die die deutsche Landwirtschaft zu diesem Ziele führen helfen, müssen benutzt werden, alle Wege, die möglich sind, der deutschen Landwirtschaft zu helfen, dieses Ziel zu erreichen, müssen begangen werden, denn eine gesunde, kräftige, das deutsche Wirtschaftsgebiet versorgende Landwirtschaft ist mit der Voraussetzung wirtschaftlicher Genesung, innenpolitischer Kräftigung und außenpolitischer Befreiung!

Es ist kein Zweifel, daß Agrarzölle ein solch' Mittel darstellen, der deutschen Landwirtschaft zu dieser Kräftigung zu verhelfen, einerseits weil dadurch ein gewisser Schutz vor zu billiger ausländischer Konkurrenz geschaffen wird, andererseits, weil durch eine Stabilität der Preise ein gewisser Mindestpreis erzielt wird. Diese beiden Vorteile allerdings bedeuten für das Heer der Verbraucher, wie oben dargelegt, unzweifelhaft eine Belastung durch Verteuerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, durch Erhöhung des Brotpreises.

Es ist deshalb — und nun kommt das Entscheidende — nötig, zu untersuchen, ob diese ungünstigen Folgen des Agrarzolles nicht aufgehoben werden könnten, so wie es nötig ist, zu untersuchen, ob nicht noch andere und in ihrer Wirkung bedeutend kräftigere Maßnahmen möglich sind, die der deutschen Landwirtschaft die gleiche Hilfe bringen. Die letztere Frage kann hier ausgeschieden werden, da sie für die Betrachtung der Agrarzölle selbst keine Rolle spielt und einer eigenen Untersuchung bedarf. Heute handelt es sich ja um die konkrete Frage: wie stehen wir Nationalsozialisten zu dem Agrarzoll! Und hier erklären wir nun, daß wohl eine Möglichkeit besteht, die Folgen einer Preiserhöhung durch die Agrarzölle aufzuheben, so daß durch Einführung der Agrarzölle eine Möglichkeit geschaffen ist, der notleidenden deutschen Landwirtschaft zu helfen — wobei wir betonen, daß weitere planmäßigen Hilfen notwendig sind —, ohne daß die Verbraucherschaft die heute einfach nicht erträgliche Verteuerung des Brotpreises auf sich nehmen muß. Dieses Mittel ist kurz gesagt: Verminderung des Zwischengewinns, teils durch Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher, teils durch Herabsetzung der wucherischen Händlerprozente!

Wir Nationalsozialisten, denen die Erstrebung einer wahren Volksgemeinschaft heißestes Ziel ist, weil es die Voraussetzung ist für die nationale Wiedergeburt, wir sind verpflichtet, die verschiedenen Stände immer und immer wieder auf ihre gegenseitige Angewiesenheit aufmerksam zu machen, ihnen aber auch zu zeigen, wo der gemeinsame Feind steht.

Nichts ist im vorliegenden Falle besser zur Klarstellung dieser Zusammenhänge geeignet als eine nackte Gegenüberstellung folgender Tatsachen: Die Landwirtschaft erhält heute Preise für Schlachtvieh von zirka 80 bis 90% der Vorkriegspreise! Der Verbraucher aber zahlt heute für das Fleisch 180 bis 250% der Preise vor dem Krieg! In diesen Zahlen liegt das Geheimnis und liegt die Lösung des gesamten landwirtschaftlichen Problems, wie des Ernährungsproblems begründet! Der Bauer erhält heute für seine Erzeugnisse weniger als im Frieden — der Städter, der Konsument, muß das Doppelte und Dreifache für die gleichen Produkte zahlen — der Gewinn, der Wucher, liegt beim Handel! Und hier muß der Hebel eingesetzt werden, um einerseits der Landwirtschaft durch Gewährung ausreichender Preise eine wirtschaftliche Gesundung zu ermöglichen, andererseits der Konsumentenschaft durch Herstellung entsprechend billiger Preise eine Erhöhung des Reallohns zu erzwingen. Es muß der weite, kostspielige, dabei volkswirtschaftlich nutzlose Weg zwischen Erzeuger und Verbraucher auf ein Minimum beschränkt, der Zwischengewinn auf ein Minimum herabgesetzt werden, dann ist Produzenten und Konsumenten geholfen, denn der Händler ist ihrer beider Feind. Wir Nationalsozialisten fordern deshalb gesetzlichen Zusammenschluß der Landwirtschaft, der Bauernschaft zu großen Lieferungsverbänden und Abschluß direkter Lieferungsverträge mit Konsumentenverbänden, mit den zu Zwangsinnungen zusammengeschlossenen Innungen der Metzger und Bäcker, mit der Verwaltung von Kommunen und industriellen Großbetrieben unter Kontrolle — nicht unter Diktat — des Staates!

Es würde zu weit führen im Rahmen eines Zeitungsaufsatzes all die vielfältigen Einzelheiten des Problems zu erörtern; worauf es ankommt, ist: zu erkennen, daß eine durchgreifende Hilfe der Landwirtschaft, die wir unter allen Umständen für dringend nötig fordern, ohne Schädigung der Verbraucherschaft nur möglich ist, wenn durch Änderung des bisherigen Verteilungssystems die Gewähr dafür gegeben ist, daß solche Hilfe wirklich der Landwirtschaft und nicht dem Zwischenhandel zugute kommt, und wenn sie nicht auf Kosten der Verbraucher geht, sondern durch entsprechende Ersparnis des Produktions- und Verteilungsweges gewonnen wird.

Wir Nationalsozialisten können daher den Agrarzöllen, die wir — ich wiederhole, um ja keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen — unbedingt als ein Mittel ansehen — unter anderen — das geeignet ist, die dringend nötige Kräftigung der deutschen Landwirtschaft zu ermöglichen, nur dann zustimmen, wenn die Teuerung, die durch diese Zölle hervorgerufen wird, aufgehoben wird durch Ersparnisse bei der Verteilung, durch Kürzung des wucherischen Gewinns des Zwischenhandels!

Dies ist ebenso sehr das wahre Interesse der Landwirtschaft, wie auch das wahre Interesse der Verbraucherschaft und das wahre Interesse der gesamten Nation!

Beschlüsse der Bayer. Landesbauernkammer

München, 9. Juni. Die Landesbauernkammer befaßte sich in ihrer heutigen zweiten Vollsitzung eingehend mit der neuen Zollvorlage und nahm hierzu eine Entschließung an, in der namens der bayerischen Landwirtschaft gegen den unzureichenden Schutz der Landwirtschaft protestiert und an Reichstag und Reichsregierung die dringende Forderung gerichtet wird, das Mißverhältnis zwischen Industrie- und Landwirtschaftszöllen zu beseitigen und die landwirtschaftlichen Zölle den veränderten Verhältnissen entsprechend festzulegen. Weiter wird die dringende Forderung erhoben, daß endlich das Einfuhrprämierungssystem für Auslandsprodukte, wie es durch die Umsatzsteuerfreiheit für Auslandsprodukte festgelegt ist, beseitigt wird. Zur Steuerreform stellt die Landesbauernkammer in einer Entschließung folgende Forderungen: Der Finanzausgleich ist so zu gestalten, daß den Ländern das zum staatlichen Eigenleben notwendige Ausmaß von Finanzhoheit gegeben wird. Zu diesem Zwecke wird die volle Rückgabe der Einkommen- und Körperschaftssteuer an die Länder verlangt. Zur durchgreifenden Entlastung des auf der Landwirtschaft ruhenden Steuerdrucks ist die Beseitigung der Umsatzsteuer für die Gegenstände des täglichen Bedarfs notwendig. Den Gemeinden, Kreisen und Ländern dürfen reichsgesetzlich keine neuen Lasten sozialer und staatlicher Art mehr auferlegt werden, ohne daß ihnen gleichzeitig die entsprechenden Steuerquellen überwiesen werden. In der Verteilung der Steuerlasten muß das Vorkriegsverhältnis annähernd wieder hergestellt werden. Diese Forderung bedingt eine weitgehende Entlastung des Besitzes, sowie Maßnahmen für eine größere Ergiebigkeit der Staatsbetriebe. Die bisherigen Steuerstundungen der Länder in den Notgebieten und bei der am 15. Mai fällig gewesenen, aber gestundeten Vermögenssteuerrate müssen in Steuernachlässe verwandelt werden. Darüber hinaus müssen auch in anderen Fällen, wo glaubwürdig nachgewiesen wird, daß durch die Steuereinziehung die Fortführung des Betriebes im bisherigen Umfange in Frage gestellt wird, die Steuerstundungen in Steuernachlässe umgewandelt werden. Die Besteuerung des Kindeserbes wird abgelehnt. Die Bewertung des landwirtschaftlichen Grundvermögens hat nach den tatsächlichen Erträgen zu erfolgen. In allen Veranlagungs- und Bewertungsausschüssen muß die Landwirtschaft mit mindestens der Hälfte der Mitglieder vertreten sein.

In der Nachmittagssitzung der Bayerischen Landesbauernkammer wurde nachträglich Stellung genommen gegen den deutsch-spanischen Handelsvertrag, sowie gegen die Erhöhung der Biersteuer. In einer Entschließung wurde u. a. verlangt, daß sofort vom Reiche neue Verhandlungen mit Spanien aufgenommen werden, evtl. der Vertrag bis zum 30. Juni gekündigt wird.

Weiter forderte die Kammer die Aufhebung der Weinsteuer. Sollte sich eine Aufhebung nicht erreichen lassen, so müßte das neue Weinsteuergesetz eine Reihe von Forderungen zu Gunsten der Winzer aufnehmen. Schließlich befürwortete die Kammer grundsätzlich die von der Versicherungskammer vorgeschlagene Einführung einer allgemeinen Viehseuchen-Versicherung unter der Voraussetzung, daß der Staat die im Reichsviehseuchengesetz festgelegte Entschädigung bei Seuchenfällen weiterhin gewährt, für die allgemeine Tierseuchenversicherung einen angemessenen Zuschuß leistet und diesen bei besonders schweren Seucheneingängen erhöht.

Die Kämpfe in China

tu. London, 10. Juni. Die Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen in Kanton dauern an. Die Hunantruppen, die einen Teil Kantons besetzt halten, beschießen ununterbrochen die Regierungstruppen. In Schanghai hat der Streik weiter zugenommen. Die Seeleute sind ebenfalls zum Teil in den Ausstand getreten. Man plant den Ersatz chinesischer Arbeiter durch Japaner.

Unterstaatssekretär Mac Neill zur Lage in China

tu. London, 10. Juni. Im Unterhaus wurde gestern eine Anfrage an die Regierung wegen der Lage in China gerichtet. Der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Mac Neill, erklärte, daß die örtlichen Behörden in Schanghai in Anbetracht der dringenden Gefahr ohne vorherige Instruktionen auf eigene Verantwortung haben handeln müssen. Er wäre aber noch nicht im Besitze von endgültigen einwandfreien Informationen, und könne sich infolgedessen nicht auf eine bestimmte Darstellung festlegen. Nach den vorliegenden Berichten wäre der erste Zusammenstoß durch Studenten hervorgerufen, die mit dem Rufe „Tötet die Fremden!" mit Gewalt in die Polizeistation einzudringen versuchten. Die Konsulatsberichte aus Schanghai, und zwar von den französischen, japanischen und amerikanischen Konsulaten, stimmen dahin überein, daß die Polizei größte Zurückhaltung beobachtet habe.

Herriots Rücktrittsgesuch als Bürgermeister von Lyon

tu. Paris, 10. Juni. Herriot hat seine Demission als Bürgermeister von Lyon eingereicht, weil der Magistrat dem Vorschlag Herriots, einen ihm nahestehenden Beamten auf seinem früheren Posten zu belassen, nicht zugestimmt hat. In parlamentarischen Kreisen wird der überraschende Rücktritt Herriots als Anzeichen dafür aufgefaßt, daß der frühere Bürgermeister jetzt definitiv den Sozialisten den Rücken kehren und sich den Radikalen wieder anschließen will. — Inzwischen soll er aber sein Rücktrittsgesuch wieder zurückgezogen haben.

Bayerischer Landtag

Wiederaufnahme der Vollsitzungen.

Eigentlich könnte man von Leersitzungen sprechen, denn vor einem schwachen Dutzend Volksvertreter, vor einem scheinbar indifferenten Haus begann der Landtag seine Sommerarbeit, die ein inhaltsreiches Pensum in sich schließt. Ob die durch das Vertrauen ihrer Wähler tätigen Vertreter des Volkes durch Zügelung ihrer rhetorischen Temperamente und Beschränkung auf das Wesentliche die Erledigung der Gesetzesvorlagen nicht wieder über die Hundstage hinausschleppen werden, darf nach den bisherigen Erfahrungen, die der Parlamentarismus gezeitigt hat, bezweifelt werden. Auch das gestrige Tempo ließ diese Hoffnung als trügerisch erscheinen.

Der Abgeordnete Mattes (B.Vp.) sprach als Berichterstatter und dann als Abgeordneter zum Etat der Berg-, Hütten- und Salzwerke und tadelte scharf die Frachttarife der Reichsbahn, so daß die hochwertige schlesische Steinkohle in Oberbayern vielfach billiger verkauft werde als die oberbayerische Pechkohle. Redner, der unsere Werke im allgemeinen als gut bezeichnete, forderte weitere Modernisierung. Ferner hob er eine Reihe von Wünschen der Arbeiterschaft hervor über Wohnungswesen, Urlaubsverhältnisse, Pensionen u. a. Der Abg. Endemann (Soz.) beleuchtete die unzureichenden Löhne in den staatlichen Werken, wodurch die Frauen der Arbeiter gezwungen würden, ebenfalls in den Bergwerken zu arbeiten. Redner forderte eine günstigere Regelung der Arbeitszeit, ebenso die baldige Durchführung der Umstellung der Staatswerke und erklärte schließlich die Zustimmung seiner Fraktion zum vorliegenden Etat. T.

Letzte Nachrichten

Die Kämpfe um Kanton.

tu. Paris, 10. Juni. Nach einer Reutermeldung aus Kanton dauert das Gefecht zwischen den Yunan- und den Regierungstruppen noch an. Beide Parteien habe starke Befestigungen angelegt und diese festen Stellungen bezogen. Die chinesischen Freiwilligen versuchten die Arbeiter einer japanischen Mühle zum Streik zu verleiten. Da sich die Arbeiter weigerten, schossen die Freiwilligen auf die Arbeiter.

Großer Fabrikbrand in Bremen.

tu. Bremen, 10. Juni. In der Bremer Jutespinnerei und Weberei brach am Dienstag Großfeuer aus, das sich infolge der trockenen Witterung mit rasender Schnelligkeit über das ganze Werk ausbreitete. Das Feuer erstreckte sich auch auf die Lagerräume und die Kontorgebäude. Das ganze Werk wurde eingeäschert, so daß ein Schaden von etwa drei Millionen Mark entstanden ist. Durch den Brand werden rund tausend Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigungslos.

Ende der Völkerbundskontrolle über Österreich

tu. Wien, 10. Juni. In Genfer Völkerbundskreisen erwartet man die baldige Abberufung des Völkerbundskommissars Dr. Zimmermann. Die Aufrollung des Problems der Kontrolle über Österreich beweist, daß man in Völkerbundskreisen der Überzeugung sich immer mehr nähert, daß die Stabilisierung der österreichischen Verhältnisse die rasche Aufhebung der Kontrolle rechtfertige.

Faschistischer Terror in Südtirol.

tu. Bozen, 10. Juni. Gestern gab es in Montiggl einen Zusammenstoß zwischen Faschisten und Deutschen, weil die Faschisten eine alte Orientierungstafel des Touristenklubs in provokatorischer Weise vor den Augen der Deutschen herabschlugen. Es kam sodann zu einer Schlägerei, bei welcher die Faschisten den Kürzeren zogen und voraussichtlich sehr übel zugerichtet worden wären, hätten nicht die Karabinieri sofort eingegriffen. Etwas ganz Unerhörtes ereignete sich aber nachher in Bozen. Als der Zug aus dem Überetsch in Bozen einfuhr, wurden verschiedene junge Leute in die Wachstube der Miliz befohlen und dort wurde dann mit Fäusten und Gummiknütteln auf sie eingehauen. Unter den Geschlagenen sind Staatsbürger fremder Staaten.

Eine ganze Ortschaft eingeäschert.

tu. Wien, 10. Juni. Gestern Nachmittag brach in der Ortschaft Meiersdorf bei Grünbach an der Schneebergbahn ein Brand aus, dem die ganze Ortschaft zum Opfer fiel. 60 Objekte verbrannten, 300 Personen sind obdachlos. Der Brand dauerte bis in die heutigen Morgenstunden. 25 Feuerwehren aus der ganzen Umgebung waren an den Löschungsarbeiten beteiligt. Der Schaden geht in die Milliarden von Kronen.

Münchner Beobachter

Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung

In diesen Tagen kommt die neue Volks-, Berufs- und Betriebszählung im ganzen Reiche zur Durchführung. Stichtag, d. h. der Tag, auf welchen sich die Eintragungen zu beziehen haben, ist der nächste Dienstag, der 16. Juni 1925.

Damit ist die große Inventur der deutschen Bevölkerungs- und Wirtschaftsverhältnisse nach dem Kriege zum Vollzug gebracht, die wegen der ungünstigen politischen Verhältnisse bis jetzt verschoben werden mußte. Und doch war es längst Bedürfnis, die tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen der Kriegs- und Nachkriegszeit zahlenmäßig näher zu kennen.

Die nunmehrige große Reichszählung will die neuen Grundlagen zur Beurteilung der heutigen deutschen Volkswirtschaft herbeiführen. Wir werden, um nur einige Einzelheiten hervorzuheben, Aufschluß bekommen über Größe und Wachstum unseres Volkes, über den jetzigen Anteil der Frauen, der produktiven Altersklassen, der Verheirateten an der Gesamtarbeit, über die berufliche und soziale Schichtung, die technischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel usw. Die bayerischen Nachweise ergeben im besonderen ein Bild von der heutigen Bedeutung Bayerns in der deutschen Volkswirtschaft. In Anbetracht ihres vielseitigen Zweckes ist die jetzige Zählung umfassender als alle früheren Reichszählungen ähnlicher Art, sie ist die größte Zählung, die das Reich bisher veranstaltet hat. Sie umfaßt sämtliche Landeseinwohner, auch Ausländer, die sich um diese Zeit im Reichsgebiet aufhalten, ferner alle landwirtschaftlichen und kommunalen Betriebe, einschließlich der Staats- und Kommunalbetriebe. Die gesonderte Erhebung geschieht mittels der drei Erhebungsformblätter: der Haushaltungsliste, des Land- und Forstwirtschaftsbogens und des Gewerbebogens.

Um den weitreichenden Aufgaben des Zählwerkes zu genügen, bedarf es nicht nur angestrengtester organisatorischer Arbeit beim Statistischen Landesamt, bei den Bezirksverwaltungs- und Gemeindebehörden, bei den Tausenden von Zählern, auch die ganze Bevölkerung muß mitarbeiten. Das geschieht durch sachgemäße, vollständige und rechtzeitige Beantwortung der gestellten Fragen, durch freundliches Entgegenkommen gegenüber den Zählern; durch gegenseitige Aufklärung über Wesen und Zweck der Zählung. Persönliche Nachteile werden niemanden aus der Erfüllung der Eintragspflicht erwachsen. Im Reichsgesetz vom 13. März 1925 über die Volks-, Berufs- und Betriebszählung wie auch in den Vollzugsvorschriften der Bayer. Regierung vom 20. April 1925 ist ausdrücklich festgelegt, daß über die Einzelangaben das Amtsgeheimnis zu wahren ist. Diese dürfen nur zu statistischen Arbeiten, nicht für andere, insbesondere steuerliche oder Kontrollzwecke benützt werden. Die Bevölkerung kann also die Eintragungen in die Erhebungsformblätter vertrauensvoll, ohne jede Besorgnis vornehmen. Wenn alles richtig ineinandergreift, wenn das Material rechtzeitig und lückenlos an die Zähler, von diesen an die Zählvorstände und von dort an das Statistische Landesamt gelangt, werden auch die Ergebnisse baldigst zur Verfügung stehen. Eine solche Beschleunigung, auf welche das Statistische Landesamt eifrigst bedacht ist, liegt im Interesse von Reich, Staat und Kommune, von Volk, Wirtschaft und Wissenschaft.

*

Verkehr bei der städtischen Pfandleihanstalt. Im Mai 1925 wies die Pfänder- und Kapitalienbewegung bei der städtischen Pfandleihanstalt folgende Ziffern auf: Pfänderzugang: 14 130 (April: 16 496). Pfänderabgang: 13 198 (15 378), demnach Mehrung: 932 (1118). Neubelehnungen: Mark 295 726 (389 057), Rückzahlungen: Mark 281 950, (344 759), demnach Mehrung: Mark 13 776 (44 298).

Tätigkeit der Berufsfeuerwehr im 1. Vierteljahr 1925. In den Monaten Januar, Februar und März des heurigen Jahres wurde die Berufsfeuerwehr insgesamt 73 mal auf Brandplätze gerufen; außerdem wurde sie 10 mal falsch und 10 mal mutwillig alarmiert. Zu Tierunfällen ist sie 31 mal, zu sonstigen Unfällen 10 mal, zur Behebung von Verkehrshindernissen 8 mal und aus sonstigen Anlässen 3 mal ausgerückt. Die Gesamtzahl der Alarme betrug 145, wovon auf den Monat Januar 57, Februar 38 und März 50 treffen. Von den Brandfällen waren 7 Großfeuer, und zwar Brand einer Auto-Garage an der Kunigundenstraße 10, Brand eines Lagerschuppens mit eingebauten Büros an der Forstenriederstraße Nr. 56, Brand eines Bahnhofsbetriebsgebäudes, Landsbergerstraße 290a, Brand in einem Villen-Neubau in Solln, Brand im Kellergeschoß Tegernseelandstraße Nr. 159 und Brand der Schloßmühle in Schleißheim. Soweit die Brandursache festgestellt werden konnte, ist sie in 33 Fällen auf Fahrlässigkeit zurückzuführen. Die meisten Brandfälle erfolgten in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr nachmittags. Außer dieser umfangreichen Tätigkeit hatte die Berufsfeuerwehr 1166 Sicherheitswachen in Teatern, Vergnügungslokalen, Versammlungsräumen usw. gestellt. Die Abteilung Feuerpolizei hat in der gleichen Berichtszeit 219 Neu- und Umbaupläne vom feuerpolizeilichen Standpunkt aus geprüft, 200 Besichtigungen und Kontrollen durchgeführt und 232 Gutachten erstattet. Dazu kam dann noch die Überwachung der Gebäude und Betriebe von größerer Ausdehnung und Brandgefahr und die Erledigung von einer großen Anzahl von Anfragen, Gesuchen und Anzeigen sowie die regelmäßige Feuerbeschau. — Der städtische Rettungsdienst, der der Branddirektion unterstellt ist, rückte in den Monaten Januar mit März 3248 mal zur Beförderung von Kranken, 610 mal zur Beförderung von plötzlich Erkrankten und Verunglückten und 57 mal zur Beförderung von Leichen, also insgesamt 3915 mal aus. Die Beförderung geschah in 3893 Fällen mittels Kraftwagen, in 20 Fällen mittels Eisenbahn und in 2 Fällen mit Räderbahre. Erste Hilfe wurde geleistet durch Anlegung von Notverbänden in 66 Fällen und durch Hilfe bei plötzlichen Unfällen und Erkrankungen in 3 Fällen. Außerdem stellte der Rettungsdienst 2 mal sonstige Wachen ab. Auch der Rettungsdienst wurde in den Mittagsstunden von 12—6 Uhr am meisten in Anspruch genommen.

Kürzung des gemeindlichen Anteils an der Mietzinssteuer. Folgender Dringlichkeitsantrag des Stadtrats Humar (Hausb.) lag dem Stadtrat zur Beratung vor: Der Wohnungsausschuß und der Stadtrat wollen unverzüglich Stellung nehmen gegen die Maßnahme der bayerischen Regierung, durch welche mit rückwirkender Kraft bis zum 1. April 1925 der Anteil der Gemeinden an dem Aufkommen an der Mietzinssteuer von der Hälfte auf ein Drittel gekürzt wurde. — Begründung: Die Reduzierung des gemeindlichen Anteils in München an der Mietzinssteuer beträgt rund 2 Millionen Mark. Der Eingriff der Staatsregierung nimmt auf die Belange und Aufgaben der Städte nicht die mindeste Rücksicht. Nachdem Etat und Bauprogramm sowie Gemeindeumlagen festgesetzt sind, muß die Gemeinde neuerliche Einnahmequellen schaffen, was wohl nur durch Erhöhung der Umlagen und städtischen Gebühren geschehen kann. Die Folge ist eine Belastung der Allgemeinheit und eine Einschränkung der Neubautätigkeit sowie eine empfindliche Störung des laufenden Bauprogramms.

Stadtrat Fiehler (N.S.): Auch wir müssen uns scharf gegen die Regierung wenden, die, statt den Städten mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, diese kürzt. Wenn der Staat sagen würde, er brauche mehr Geld, um es dem Reich zur Erfüllung der Dawesgesetze zu geben, dann wäre es wenigstens ehrlich. — Stadtrat Pfeiffer schlug vor, nach der Beratung des Haushaltetats an die Staatsregierung im Sinne des Antrages heranzutreten. — Der Vorschlag Pfeiffers wurde hierauf gegen die Stimme der Linken angenommen.

Stadtratsmitglieder als Aufsichtsräte im Luftverkehr. Als Aufsichtsräte für die Luftverkehrs-A.-G. wurden Bürgermeister Scharnagl und Stadtrat Conrad, und für die badisch-pfälzische Luftverkehrsgesellschaft Stadtrat Conrad gewählt.

Des Feiertags wegen erscheint die nächste Ausgabe des „V. B." am Freitag Abend.

Wetterbericht vom 10. Juni: Erneute Bewölkungszunahme und Gewitterbildungen.

卐 Todes-Anzeige 卐

Unerwartet schnell starb infolge Herzlähmung auf dem Weg zum Sprechabend im Kreuzbräu unser liebes und treues Parteimitglied

Frau Grete Meindl

Direktorswitwe

Die Sektion Innere Stadt wird ihrer stets in Treue gedenken. Einäscherung am Freitag, vorm. 9 Uhr im Ostfriedhof. Die Sektionsmitglieder und Parteigenossen treffen sich in der Aussegnungshalle.

Meinem Jungen

Von G. Koppen.

Mein blonder Junge, sieh mich an —
Bist ja nun nicht mehr klein —
Noch ein paar Jahre — dann bist du Mann —
Dann sollst du Rächer sein.

Ein Rächer für dein deutsches Land,
Für deutschen Glaubens Schwur,
Für deines deutschen Rheines Strand
Und für die deutsche Ruhr.

Die dort, bei welscher Hinterlist,
Jetzt leiden sonder Ruh,
Sind Mütter, wie die deine ist,
Sind Kinder, so wie du.

Ich werd' nicht weinen, wenn du gehst,
Das Schwert in deinem Arm,
Ich werd' nicht weinen, wenn du stehst
In Schlacht und Sturmalarm.

Und wenn du fällst, mein kleiner Wicht — —
Ich zwing mich, tränenlos;
Denn deutsche Mütter weinen nicht,
Wird Deutschland wieder groß!!

Deutsche Volkslieder aus vier Jahrhunderten

„Der Zusammenbruch Deutschlands nach dem Kriege hat in weite Schichten unseres deutschen Volkes die Besinnung auf jene ewigen und unverlierbaren Güter getragen, die kein Feind uns rauben kann, hat Ungezählte zurückgeführt zu jenen Quellen, in denen deutsche Art und deutsches Wesen rein und ungetrübt sich spiegeln, zur Volksdichtung, zum Volksliede. — In der klaren Erkenntnis, daß die Rettung für unser zerrissenes Volk nur von ihm selbst kommen könne, regen sich allenthalben Hände und Herzen, sind allenthalben Kräfte des Wiederaufbaues am Werk. Auch „Die Sängerrunde Deutsches Volkslied Lindau" will sich in den Dienst dieser Wiederaufbauarbeit stellen; sie hat dazu die Pflege des echten deutschen Volksliedes sich erkoren, des echten, nicht des sog. Volksliedes. Sie versteht unter echtem Volkslied jenes Lied, das aus der Tiefe der Volksseele selbst zum Licht sich drängte, irgendwann und irgendwo einmal einer an Lust und Leid übervollen Seele entströmte und sodann von Mund zu Mund wanderte, Jahrhunderte hindurch die deutsche Seele suchend und findend; also jenes Volkslied, von dem Theodor Storm in seinem Immensee so schön sagt: „Die Volkslieder werden gar nicht gemacht, sie wachsen, sie fallen aus der Luft, sie fliegen übers Land wie Mariengarn hieher und dorthin und werden an tausend Stellen zugleich gesungen. Unser eigenstes Tun und Leiden finden wir in diesen Liedern, es ist, als ob wir alle an ihnen mitgeholfen hätten. Das sind Urtöne; sie schlafen im Waldesgrund, Gott weiß, wer sie gefunden hat." — Also nicht das Kunstlied ist es, auch nicht das volkstümliche Lied, am wenigsten aber das Volksliedsurrogat, das sog. Lied im Volkston, welches die Sängerrunde pflegt, sondern ausschließlich das Lied aus dem Volk, das im Volke lebt, Ausdruck seines ureigensten Empfindens, Spiegel seiner starken und tiefen Seele. Wir wandern weit zurück in graue Vergangenheit und tauchen jauchzend unter im sprudelnden Quell der Gegenwart. — Das altdeutsche Volkslied des 14. bis 15. Jahrhunderts, das geistliche Volkslied aus der Zeit des 30 jähr. Krieges umfassen wir mit gleicher Inbrunst, wie das Lied des deutschen Alpenvolkes aus unseren Tagen. Der Jodler unserer deutschen Alpen, dieses flüchtige, leichtgeschürzte Kind der bäuerlichen Muse, wird von uns als Zeuge deutschen Wesens ebenso begeistert gepflegt, als die tief mystischen Klänge des geistlichen Volksliedes des 14. und 15. Jahrhunderts. — In der klaren Erkenntnis, die einst Vilmar in Anlehnung an Herder ausgesprochen hat, wenn er sagt: „Nicht gesungene Volkslieder sind halbe Volkslieder oder gar keine", ziehen wir durch die deutschen Lande, um allerorten zu künden und zu sagen von der Schönheit und Tiefe der deutschen Seele im deutschen Lied. Wir suchen nicht den Beifall der Menge, wir geizen nicht nach Anerkennung und Ehre, am wenigsten ist uns zu tun um die klingende Münze; wir singen wie der Vogel singt, der in den Zweigen wohnt: nicht weil wir wollen, sondern weil wir müssen, weil unser übervolles Herz uns drängt, das, was wir an diesen Liedern erlebt haben, andern mitzuteilen, diese Lieder, die unser Schicksal sind, aus der papierenen Haft der Archive zu befreien und ihnen eine fröhliche Urständ zu bereiten im deutschen Volk der Gegenwart. Wir tun diese Arbeit mit heiligem Eifer und hoher Freude, nur von dem einen Wunsch beseelt, daß es uns vergönnt sein möchte, mitzuwirken an der Wiedergeburt unseres Volkes aus dem Geist seines Liedes. Nicht Konzerte wollen wir geben, sondern Stunden der Andacht und Erhebung denen bereiten, die aus dem Wust und dem Wirrwarr unserer Tage, aus Nachäffung fremden Wesens, aus der Verzerrung der Leidenschaften und des Sinnentaumels sich sehnen nach Licht und Leben. Aus alten Archiven und Handschriften, aus verschollenen Büchern und Papieren, aus lebendigem Volksmunde heben wir unsere Schätze aus Licht; in kleinen Liederheften machen wir sie den Sängern der deutschen Gaue zugänglich. Eine Anzahl solcher Sammlungen sind bereits erschienen, weitere werden folgen: das Köstlichste, was unser deutsches Volk zu geben hat, ist in ihnen geborgen. So geben wir dem Volke, was des Volkes ist und harren der Stunde, da es sich erhebt zu neuer Kraft."

Das sind wohlgewogene Worte, die sich „Die Sängerrunde Deutsches Volkslied Lindau i. B." auf ihre Wanderfahrten mitnimmt. Diese freie Chorvereinigung deutschstämmiger und deutschbewußter Männer und Frauen hat sich die ausschließliche Pflege des echten, im Volke entstandenen und vom Volke überlieferten Volksliedes zur Aufgabe gemacht. Sie löst diese Aufgabe durch mustergültige Volksliedaufführungen und durch Volksliedausgaben für den Gebrauch in den Gesangvereinen, in Schule und Haus (erschienen bei J. Th. Stettner in Lindau).

Die reiche Vortragsfolge des schönen Liederabends im Odeon zu München wies einen solchen Schatz von Kostbarkeiten auf, wie man ihn selten in dieser ausgewählten reichen Fülle antrifft. Die Abteilungen Volk in Not, Andacht und Erhebung, Deutsche Minne, Lieder und Jodler erfuhren durch die kleine, gut geschulte Sängerrunde eine ausgezeichnete Wiedergabe. Zum Erhebendsten dieses sympathischen Gesamteindrucks, der durch verbindende Erklärungen des Chormeisters Helmuth Pommer noch verstärkt wurde, zählte der seelische Kontakt zwischen der wackeren Sängerschar und den begeisterten Zuhörern, denen man anmerkte, wie sehr ihnen diese alten Weisen im Herzen mitsangen und -klangen.

Am Schlusse der Vortragsfolge sprach Dr. Schott im Namen des außerordentlich zahlreichen Auditoriums, welche das Große Odeon fast bis auf den letzten Platz füllte, der Sängerrunde und ihrem wackeren Leiter aufrichtigsten Dank aus mit dem Wunsche, daß Deutschland am Liede wieder gesunden möge, wie es schon einmal gesundete.

Händel-Uraufführung in Leipzig

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Den Höhepunkt des in den Tagen vom 6. bis 8. Brachet hier stattgefundenen deutschen Händel-Festes bildete die Uraufführung der Händelschen Oper „Tamerlan" im Neuen Theater. Wenngleich der „Tamerlan" bereits über einige Bühnen gegangen ist, so handelte es sich bei der Leipziger Festvorstellung doch um eine Uraufführung, indem Hermann Roths Bearbeitung der Oper in der Hauptsache eine Wiederherstellung des Händelschen Ur-Werkes darstellt, das in dieser überlieferungsechten Form das erste Mal auf die Bühne kam. Der Leipziger „Tamerlan" ist nach Roths eigenen Worten nicht „bearbeitet", sondern von ihm lediglich für den theaterzweckmäßigen Gebrauch eingerichtet worden; der Wortlaut ist Übersetzung, der Aufbau des Ganzen gewahrt, von Kürzungen nur das Unerläßliche vorgenommen und auf diese Weise ein bedeutsamer Schritt zur Wiederherstellung des Ursprünglichen getan worden.

Eigentlich hat man ja immer geglaubt, Händel sei für das neuzeitliche Theater „nicht passend" oder „überlebt." Das ist er in der Tat auch insofern, als seine kraftvolle Musik nicht um die Gunst der breiten Masse wirbt, dafür aber kostbare innerliche Werte gibt, für die allerdings der oberflächliche Musikmensch von heute meistens kein Verständnis hat. Ihm dürfte auch die Wortdichtung des Deutschitalieners Nicola Haym zu „überholt" sein: der Tod des osmanischen Emirs Bajasid d. I. in der Gefangenschaft des großen Mongolenkhans Timur Lengh, also ein Stück Geschichte aus dem späten Mittelalter, dessen Gestalten Händel ein fein geprägtes, eigenartiges Gesichtsbild gegeben hat.

Die von Händelschem Geist warm beseelte „Tamerlan"-Aufführung des Leipziger Opernhauses bedeutete einen großen Erfolg, in den sich Generalmusikdirektor Brecher, der das herrlich spielende Orchester mustergültig leitete und in den Proben vorbildliche Arbeit geleistet hat; Walther Brügmann, dessen mit prächtigen Bilderentwürfen von R. Aravantinos ausgestattete Bühneneinrichtung sich durch stilgetreue, einheitliche Fassung auszeichnete; der bühnenfachliche Leiter Wilhelm Dobra und die durchweg vortrefflichen gesanglichen Kräfte: Walter Soomer und Willy Zilken, Franz Cleve und Maria Schulz-Dornburg, teilten. F. Z.

*

Volkstheater. Für den Operettenschwank „Die vertauschte Frau", dessen Erstaufführung endgültig für Samstag, den 13. Juni, angesetzt ist, wurden für drei Hauptrollen verpflichtet: die Soubretten Irene Palasty und Helma Varnay, eine gebürtige Münchenerin, sowie der Operettenbuffo Harald Paulsen, sämtliche vom Neuen Operettentheater in Berlin. — Wegen technischen Vorbereitungen für die Erstaufführung „Die vertauschte Frau" bleibt das Theater Freitag, den 12. Juni, geschlossen. Donnerstag, den 11. Juni, Abschiedsvorstellung von Peppi Glöckner in „Mein Mann, der große Künstler". Bereits gelöste Karten werden bis Samstag an der Theaterkasse sowie an allen Vorverkaufsstellen zurückgenommen.

*

Operettenbühne Lustspielhaus. Freitag, den 12. mit Sonntag, den 14. Juni, abds. 7.30 Uhr „Gräfin Mariza", Operette in drei Akten von Bela Jenbach, Musik von E. Kalman.

*

Der Münchener Volksbildungsverein veranstaltet für seine Mitglieder kostenlos am kommenden Montag, den 15. Juni 1925, abends acht Uhr, im Mathildensaal, Mathildenstraße 4, ein Orchesterkonzert „Schubert und Mozart". Das Konzert hat die Orchesterabteilung des Gemeindebeamten-Gesangvereins (45 Mann), unter Leitung des Dirigenten Herrn Peter Hirsch, übernommen. Herr Professor Dr. Freiherr von der Pfordten wird über „Mozart" sprechen.

*

Berufung nach Wien. Der ordentliche Professor in der juristischen Fakultät der Universität München, Geheimer Justizrat Dr. Leopold Wenger, derzeit Rektor der Universität, hat einen Ruf auf die durch den Rücktritt des Professors Dr. Wlassak erledigte römische Lehrkanzel an die Universität Wien erhalten.

Rundfunk und körperliche Ertüchtigung. In Amerika hat man seit einiger Zeit den Rundfunk als Mittel zur körperlichen Erziehung herangezogen. Diese Sonderaufgabe fällt in die frühen Morgenstunden und nimmt etwa folgenden Verlauf: Um 7 Uhr morgens ergeht von der Sendestelle ein Weckruf. (Es ist allerdings nichts darüber gesagt, ob nun die Teilnehmer auch mit dem Kopfhörer schlafen gehen, wenn sie nicht glückliche Besitzer von Lautsprechern sind.) Nach einigen Minuten meldet sich der Vortragsleiter mit der Ankündigung, daß er jetzt einen kalten Überguß ausführen werde und empfiehlt (oder befiehlt) den Hörern, das Gleiche zu tun. Hierauf folgt eine Reihe von Atemübungen auf Kommando durch Rundfunk, und während nun von der Sendestelle eine anregende Marschmusik einsetzt, wird die Anleitung zur Vornahme bestimmter planmäßiger Leibesübungen zur Vorbereitung auf das Tagewerk erteilt. Nach den bisherigen Auskünften soll diese Neuerung sich großer Beliebtheit erfreuen und mindestens ebenso viele Teilnehmer haben, wie die Abenddarbietungen. Man wird allerdings den Gebrauch eines Lautsprechers voraussetzen müssen,

Aus der Bewegung

Sektion Au-Giesing. Am letzten Sprechabend wurde Pg. Zoeberlein einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende Pg. Schmid hatte das Amt nur provisorisch geführt und war aus beruflichen Gründen genötigt, zurückzutreten. Bei dieser Gelegenheit muß einmal betont werden, welch schwierige Stellung die Sektion einnimmt. Durch die Tätigkeit des bisherigen Vorsitzenden hat sie sich aber emporgearbeitet und darf getrost in die Zukunft sehen.

Aus Bayern und Reich

Landesverband Sachsen der N.S.D.P.A.

Donnerstag, den 11. Juni 1925, spricht in Plauen in einer öffentlichen Volksversammlung unser Führer Adolf Hitler.

Anschließend daran findet am Freitag, den 12. Juni, vormittags halb 10 Uhr, im „Prater" eine Landesvertretertagung statt, in die jede Ortsgruppe 1—2 Vertreter gegen Ausweis entsenden kann. Meldungen hierzu sind umgehend an die Geschäftsstelle der Ortsgruppe Plauen der N.S.D.A.P., Annenstraße 59, zu richten. (Um Abdruck in anderen völkischen Zeitungen wird gebeten.)

Ortsgruppe Dresden-Altstadt. Wir machen hiermit nochmals unseren Mitgliedern bekannt, daß nicht am Mittwoch, den 10., sondern erst am Freitag, den 12. Juni in der Bärenschenke, 1. Stock, die Mitgliedervollversammlung stattfindet. Erscheinen eines jeden Mitglieds ist unbedingt Pflicht. Gleichzeitig sind die noch fälligen Mitgliedsbeiträge am Freitag abend an den Kassierer abzuführen. Ebenfalls werden die von München ausgestellten Mitgliedskarten ausgeteilt. Unser Vorsitzender, Herr Goß spricht. Thema: „Betrachtungen über den 12. Zionistischen Kongreß in Karlsbad". Mitglieder, erscheint an diesem Abend vollzählig. Zuverlässige Gäste können mitgebracht werden. In der 3. und 4. Woche findet wie immer unser Sprechabend Mittwochs statt.

N.S.D.A.P. Hohnstedt, Gau Göttingen. Einen wirkungsvollen Schlageter-Gedächtnisabend veranstalteten die vereinigten Ortsgruppen Edesheim, Hohnstedt und Stöckheim des Sturmbanners „Schwarzweißrot" der nationalsoz. deutschen Arbeiterpartei. Spät abends gegen 9 Uhr bewegte sich ein Zug, voran mit Fackeln das Sturmbanner, dem schlossen sich der Turn- und Sportvereine „Germania", Hohnstedt und der Jungdeutsche Orden Edesheim an. Unter Absingen nationaler Lieder wurde nach Ankunft des Zuges ein mächtiger Holzstoß abgebrannt. Nach einleitenden Worten des Sturmbannermitgliedes Vos jun. wurde der dritte Vers des Deutschlandliedes gesungen, worauf Herr Pastor Jakobshagen die Gedächtnisrede hielt. Er feierte Albert Leo Schlageter als Märtyrer des deutschen Volkes, als Erwecker des Nationalgefühles und als Vorbild heranwachsender Jugend. Darauf folgte der erste Vers des Niederländischen Dankgebets. Nachdem Herr Voß jun. dem Redner im Namen des Sturmbanners, sowie der Gemeinde gedankt, bewegte sich der Zug unter Absingen des Liedes „Ich hatt einen Kameraden" dem Tale zu.

Sommerhausen a. Main. Der 24. Mai vereinigte hier die Würzburger und Sommerhauser Nationalsozialisten zu einem Sonntagstreffen. Am Bahnhof Winterhausen wurden die Würzburger mit Musik von der starken Ortsgruppe Sommerhausen unter Führung des bewährten Pg. Mündlein empfangen. Mit klingendem Spiel, flatternden Hakenkreuzbannern und Freiheitsgesängen, bewegte sich der stattliche Zug durch Winterhausen über den Main nach Sommerhausen, voran die schmucken, kerngesunden Sommerhauser Bauernburschen in Hitler-Uniform. Bei deutschen Liedern, Vorträgen und Musik herrschte bis spät in die Nacht ein reges Leben im „Goldenen Ochsen" zu Sommerhausen.

Dem wohlgelungenen Feste konnte kein Abbruch dadurch getan werden, daß uns irregeführte deutsche Volksgenossen belästigten und uns beim Rückmarsch mit Steinen bewarfen. Buben behandelt man wie Buben und läßt es an einigen Hieben, von deutscher Hand geschrieben, nicht fehlen. Hitlers Geist lebt, das war die erneute Gewißheit, die uns das Fest gab.

Ortsgruppe Kittlitz bei Löbau. Am 29. Mai fand die erste öffentliche Ortsgruppenversammlung im „Sächsischen Hof" statt. Pg. Anton Goß sprach über „Wesen und Ziele des National-Sozialismus" vor einer von Mitgliedern und Gästen gut besuchten Versammlung. Einige Neuanmeldungen konnten als Erfolg des Abends gebucht werden. Leser des „Völkischen Beobachters" im Löbauer Bezirk werden zwecks Zusammenarbeit gebeten, ihre Anschriften an den Ortsgruppenführer, Wolfgang Heyde, Rittgt. Wohln bei Kittlitz einzusenden!"

Schlageterfeier in Schönau

Der Schlageter-Bund in Baden veranstaltete am Pfingstsonntag in Schönau im Wiesental eine Schlageter-Gedächtnisfeier. Alle Ortsgruppen des Bundes beteiligten sich zum mindesten mit einer Fahnenabordnung an der Veranstaltung. Mit über 500 Kameraden marschierte der Bund am Grabe seines Helden und Vorbilds auf. Die Gedächtnisrede hielt der Führer des Bundes, Leutnant a. D. Robert Wagner. Er gab einen Überblick über Schlageters Kampf um Ehre und Freiheit unseres Volkes und führte aus, daß Schlageter nicht umsonst den Heldentod gestorben sei. Aus seinem Blute sei der Schlageter-Bund entstanden, der den Kampf um deutsche Ehre und Freiheit fortsetzen werde, bis Deutschland auferstehe aus Knechtschaft, Schmach und Schande. Sodann legte der Führer des Bundes einen von vier Mann getragenen großen, prachtvollen Kranz am Grabe nieder. Mehrere Ortsgruppen legten eigene Kränze nieder. Mit der Melodie: „Ich hatt' einen Kameraden", gespielt vom Trommler- und Pfeiferkorps des Bundes, schloß die eindrucksvolle Feier. W.

Eine Nationale Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner

In Berlin ist eine „Nationale Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner" entstanden, welche die nationale Freiheit des Berufsstandes, nationale Freiheit der Eisenbahn und nationale Freiheit des Volkes zum Ziele hat.

Die marxistischen Oberbonzen scheinen um ihren Einfluß auf die Eisenbahner besorgt zu sein; durch ihre Parteiblätter geht ein Rauschen und Raunen, daß die freien Gewerkschaften das alleinige Vorrecht hätten, für die Freiheit der deutschen Eisenbahn zu kämpfen. Ein Beweis dafür, daß die Vorfälle der letzten Zeit innerhalb der Reichsbahn-A.-G. auch den roten Zaunkönigen als eine höchst gefährliche Beeinflussung der Stimmung unter den Eisenbahnern erscheinen. Darin haben sie allerdings recht. Der deutsche Eisenbahner erwacht!

Aus der Antialkoholbewegung in Österreich

Die Deutsche Gemeinschaft für alkoholfreie Kultur wurde am 6. Januar 1920 zu Linz mit 8 Ortsgruppen und rund 300 enthaltsamen Mitgliedern gegründet. Heute vereinigt sie in Österreich 3000 Enthaltsame in 64 Ortsgruppen. Die Schwestervereinigung in der Tschechoslowakei hat dieser Tage ihre 60. Ortsgruppe gegründet. Das gemeinsame Monatsblatt ist die „Deutsche Gemeinschaft", Zeitschrift für alkoholfreie Kultur (Wien 1, Hofburg).

Vorstoß für Alkoholfreunde! Bereits im November vorigen Jahres konnten wir berichten, daß sich das vereinigte französische und englische Alkoholkapital zu einem großen Vorstoß gegen das amerikanische Verbot rüstet. Der Zeitpunkt zum Hauptangriff, dessen Vorbereitung genau beobachtet werden konnte, scheint nunmehr gekommen. Das scharfe Vorgehen der amerikanischen Regierung gegen die Schmuggelflotte hat den letzten Anstoß dazu gegeben. Längst widerlegte Schlagworte, z. B. die für jeden Sachkenner lächerliche Behauptung, das Alkoholverbot sei — „verfassungswidrig", werden wieder hervorgeholt, in allen dem Alkoholkapital zugänglichen Zeitungen wird Stimmung gegen das Verbot gemacht. Für Schriftleitungen sowie für die Zeitungsleser ist also jetzt besondere Vorsicht solchen Meldungen gegenüber am Platze.

„Warum haben wir den Krieg verloren?" Die erste Auflage dieser aufsehenerregenden Schrift von Hauptmann Schmidt war in wenigen Wochen vergriffen. Die soeben erschienene zweite Auflage enthält im Anhang einen Brief von General Ludendorfff an den Verfasser, worin der General die Richtigkeit der Angaben des Buches zugibt. Von dieser Schrift gilt mehr als von irgend einer andern: „Jeder Deutsche soll sie gelesen haben!" (Preis 2.70 S., durch „Deutsche Gemeinschaft", Wien 1, Hofburg).

Die Schutzengel des Raubmörders Hölz

Die marxistische und jüdische Presse hält es von Zeit zu Zeit für nötig, ihren Lesern das Märchen von den französischen Geldern aufzutischen, die unserm Führer Adolf Hitler angeblich zufließen (vgl. „V. B." Nr. 58). Sie handelt da zweifellos nach dem Spruch: „Was ich denk' und tu', trau' ich auch anderen zu." Bald darf sich der frühere „Unabhängige" Cohn rühmen, 1918 von Sowietrußland 800 000 Rubel zur Revolutionierung Deutschlands erhalten zu haben, von der Wahlhilfe der Herren Barmat-Kutisker und Co. ganz zu schweigen. Daß auch ihre Brüder zur Linken trotz ihrer antikapitalistischen Einstellung außerdeutsches Geld nicht verachten, versteht sich von selber.

Einen interessanten Beitrag zu dieser Frage liefert der Prozeß, den der Hebräer Dr. Loevy, praktischer Arzt in Ansbach, gegen Herrn August Bayerlein vor Jahresfrist wegen Beleidigung anstrengte. Wir möchten unseren Lesern den Inhalt der Prozeßakten nicht vorenthalten, in deren Besitz wir kürzlich gelangt sind.

Der Angeklagte hatte anderen Herren gegenüber geäußert, daß der Jude Dr. L. die rote Armee mit Geld unterstützt habe. Der Jude lief natürlich zum Kadi, mußte aber den Freispruch des Gegners erleben, da dieser sich auf eine glaubwürdige Äußerung beziehen konnte. Interessant ist dabei die Begründung, die Dr. L. für seine Unterstützung der roten Hundertschaften gab:

„Was wollen Sie denn, bei den vaterländischen Verbänden werden wir nicht aufgenommen und infolgedessen geben wir denen das Geld, die uns Schutz gewähren und wir müssen Schutz suchen. (! D. Red.) Von der jüdischen Kultusgemeinde ist eine Liste herumgegangen, und dort ist gesammelt worden. Was wollen wir denn machen, rechts bekommen wir keinen Schutz, also **müssen wir den Schutz von links suchen!"**

So einfach diese Sätze klingen, so ungeheuer ist ihr Inhalt. Sagt er doch klipp und klar: Die deutschen Verbände — mögen sie auf vaterländischer oder internationaler Grundlage stehen. — werden als Judenschutztruppe betrachtet. Wer die Hebräer am meisten schützt, erhält den Löwenanteil, wer sie nicht etwa belästigt, sondern sie nicht aufnimmt, wird mit Hilfe der anderen verfolgt. Daß diese Vereinigungen auch noch anderen Zwecken dienen, die sich an und für sich mit den jüdischen nicht decken, ist dem Juden gleichgültig, wenn nur seine Interessen wahrgenommen werden, mag die Welt auch dabei zugrunde gehen. Dieses wertvolle Geständnis, das wir hiermit festhalten wollen, ist für uns allerdings nichts Neues, wichtig ist das weitere Eingeständnis, daß die linken Organisationen tatsächlich Judenschutztruppen sind, wofür wir ja schon öfter Gelegenheit hatten, Beweise zu bringen. Daß die freie Äußerung auf Tatsachen beruht, kann man daraus ersehen, daß von dieser Richtung noch keine Beleidigungsklage eingelaufen ist, was sicher geschehen wäre, falls auch nur der Schein von Unwahrheit gegeben wäre. Nicht vergessen dürfen wir außerdem, daß die jüdische Kultusgemeinde Sammellisten für denselben Zweck herumgeben ließ. Eine merkwürdige „Kultus"gemeinde, welche Mordbrenner unterstützt! Sie selber bettelt um Schutz, sorgt aber dafür, daß das Wirtsvolk, in dessen Lande sie nun einmal lebt und das sie auch finanziell unterstützt in Unruhe gebracht wird und seines Lebens selbst im Gotteshause nicht sicher ist. Man stelle sich einmal vor: **Raubmörder Max Hölz und seine Scharen unterstützt von der Kultusgemeinde Jahwes!**

Der Herr Dr. L. suchte den Vorwurf auch noch mit der Bemerkung zu entkräften: „Was ich gegeben habe, davon können sie nicht viel kaufen." Erstens spielt das Quantum in diesem Falle keine Rolle, außerdem kann man sich über den Begriff „viel" streiten. Mit diesem Begriff nimmt es der Jude bekanntlich nicht so genau. Als es hieß, daß bei der Preußischen Staatsbank 45 Millionen veruntreut seien, wurde die Meldung „offiziell" mit der Behauptung „dementiert", es seien nur 14, als aber Herr Barmat 200 000 Mark Kaution stellen sollte, war ihm diese Summe zu groß und er hat gejammert und auf 45 000 Mark herabgehandelt.

Der Prozeß ist aber nach einer anderen Seite hin höchst interessant. Die Aussage des Angeklagten belastete den Dr. L. umsomehr, als dieser für sich in Anspruch nimmt, zu den „rechtsstehenden" Kreisen und „nationaldenkenden Männern" seiner Glaubensgenossen gezählt zu werden und gilt, wie verschiedene Zeugen bekunden, als solch ein Mann. Wie ist das zu verstehen? Hat er sich mit einem Male gewandelt oder schützen die vaterländischen Verbände ihn? Wir haben kürzlich in dem Artikel „Deutschnationale Juden" („Völk Beob." Nr. 57) unsere Meinung über diese Sorte Hebräer ausgesprochen und finden sie durch den Prozeß bestätigt. Herr Dr. L. sah, daß die roten Hundertschaften Pleite gemacht haben und daß „schwarz-weiß-rot" Trumpf zu werden begann, also stellt man sich um und bläst in die vaterländisch nationale Flöte. In diesem Zusammenhang hat er sich nicht nur bemüht, Aufnahme in den Blücherbund zu finden, sondern sogar danach gestrebt, eine Unterredung mit Exzellenz Ludendorff zu erreichen, was ihm natürlich verwehrt wurde.

Angesichts dieses Tatbestandes sollten sich doch die nationalen überparteilichen Verbände, wie z. B. die Deutsche Turnerschaft, die ernste Frage vorlegen, ob es nicht endlich Zeit ist, sich ein für allemal vom Hebräertum zu trennen, mag es sich auch noch so „national" gebärden, sonst paßt auch auf sie das Wort: „Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber!"

Handel und Volkswirtschaft

Die neuen Steuern

Das neue Steuerüberleitungsgesetz stellt in seinem ersten Abschnitt fest, daß die nächste ordentliche Veranlagung auf Grund der noch zu verabschiedenden Gesetze über die Einkommen- und Körperschaftssteuer nach dem Einkommen stattfindet, das im Kalenderjahr 1925 oder in einem Wirtschaftsjahr 1924/1925, das in diesem Kalenderjahr endet, bezogen wird. Dabei sollen die Landwirtschaft und diejenigen gewerblichen Unternehmungen, deren Geschäftsjahr bis zum 30. Juni 1925 endet, bereits im Herbst dieses Jahres veranlagt werden.

Für die frühere Zeit gelten grundsätzlich die bereits unter der Bezeichnung „Vorauszahlung" geleisteten Steuern als Ablösung der für die Vergangenheit zu zahlenden Steuern. Wo Kalenderjahr und Wirtschaftsjahr zusammenfallen, erstreckt sich diese Festlegung auf das Jahr 1924; bei der Landwirtschaft auf das erste Halbjahr 1924, bei gewerblichen Betrieben, die ein anderes Wirtschaftsjahr als das Kalenderjahr haben, auf den Teil des Wirtschaftsjahres 1923/24, der in die Zeit seit dem 1. Januar 1924 fällt. Man kann also sagen, daß für die frühere Zeit der Steuerpflichtige in der Regel seine Einkommen- und Körperschaftssteuern als erledigt anzusehen hat. Eine Erhöhung findet in keinem Falle statt, wohl aber ist die Möglichkeit einer Herabsetzung auf Antrag gegeben. In dieser Beziehung ist eine Vereinfachung gegenüber der Vorlage eingetreten.

Voraussetzung des Antrages ist das Vorliegen besonderer persönlicher oder wirtschaftlicher Verhältnisse bei einem Steuerpflichtigen, die eine Steuerfähigkeit wesentlich beeinflußt haben. Als solche werden aufgeführt: außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung oder Unglücksfälle. Wer feststellen kann, daß er am 31. Dezember 1924 wesentlich ärmer ist als er am 1. Januar 1924 war, kann darauf einen Antrag auf Herabsetzung des Ablösungsbetrages gründen. Dieser Antrag ist in der Regel innerhalb zweier Monate nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, d. h., da das Gesetz mit dem auf seine Verkündung folgenden Tage in Kraft getreten ist, bis zum 1. August 1925 zu stellen. Eine besondere Bestimmung zugunsten derjenigen, die durch Steuerabzug vom Lohne gesteuert haben, sorgt dafür, daß der steuerfreie Lohnbetrag für das Jahr 1925 in keinem Falle unter 610 M. sinkt.

Der 3. Abschnitt des Gesetzes legt die Bestimmungen fest, nach denen bis zu der neuen Veranlagung vorauszuzahlen ist. An diesem Abschnitt hat der Reichstag Änderungen namentlich in bezug auf die Tarife vorgenommen. Sie fallen in erster Linie für die Lohn- und Gehaltsbezieher und die Angehörigen der freien Berufe ins Gewicht. Vor allem ist der steuerfreie Lohnbetrag von 60 auf 80 Mark monatlich erhöht worden. Die Regierung berechnet, daß diese Erhöhung eine Verminderung des Steueraufkommens um 360 Millionen Reichsmark jährlich bedeutet. Denjenigen, die weniger als 250 M. monatlich verdienen, wird außerdem noch die Erleichterung dadurch gewährt, daß die Ermäßigung des Steuerabzuges, die sonst für die Ehefrau, das erste und zweite Kind 1 v. H. beträgt, schon für das zweite Kind auf 2 v. H. steigt, vom dritten Kind ab ist in jedem Falle um 2 v. H. zu ermäßigen. Ein Angestellter mit Frau und zwei Kindern, der 250 M. monatlich bezieht, hat somit an Steuern zu zahlen: 6 v. H. von 170 R.-M. = 10.20 R.-M.

Für die Landwirtschaft sind drei Steuertermine in diesem Jahre festgelegt: 15. Februar, 15. Mai und 15. November. Die Vorauszahlungen betragen an den ersten beiden Terminen 75 Pf. am letzten Termin 1.50 für 1000 M. Vermögen; für kleine Vermögen sind Ermäßigungen vorgesehen.

Für die Gewerbetreibenden gilt als Grundsatz, daß sie zunächst die Vorauszahlungen nach den gleichen Vorschriften wie bisher weiter leisten. Sie haben aber (§ 15) das Recht, zinslose Stundung zu beantragen, wenn sie auf Grund ihrer Buchführung für die abgelaufenen vollen Vierteljahre (des Kalenderjahres 1925 oder eines nach dem 30. Juni dieses Jahres endenden Wirtschaftsjahres 1924-25) nachweisen können, daß sie in diesem Zeitraum Verlust oder einen unverhältnismäßig geringen Gewinn gehabt haben. Sie werden also jetzt ihre Bücher darauf zu prüfen haben, wie das bisherige Geschäftsergebnis aussieht. Diese Arbeit ist ihnen dadurch erleichtert, daß im Monat Juni keine Vorauszahlung zu entrichten ist; vielmehr ist Einkommen- und Körperschaftssteuer für den Monat Mai am 10. (bzw. bis zum 17.) Juli zusammen mit den Vorauszahlungen für den Monat Juni zu entrichten. Die nächste Zahlung erfolgt dann erst im Oktober 1925, während für das letzte Kalendervierteljahr 1925 die Vorauszahlungen im Januar 1926 zu entrichten sind. Damit wird dann hoffentlich der Anschluß an die endgültige Veranlagung erreicht sein.

Internationale Finanzgeschäfte

Von der Bank von England wurde Gold in Barren im Werte von 29 000 Pfd. Sterl. verkauft.

Die Bankfirma Blair & Co., die kürzlich die Option auf die neue 33 Millionen Dollar-Anleihe für Norwegen erhielt, verhandelt augenblicklich über eine neue 45 Millionen Dollar-Anleihe für Dänemark. Gleichfalls Anwärter auf die dänische Anleihe ist die National City Co., die bisher die dänischen Anleihen vermittelte. Die neue dänische Anleihe soll teilweise für den Rückkauf der 8 prozentigen dänischen Anleihe von 1945, die ab 1. Oktober kündbar ist, dienen. In allernächster Zeit wird in Neuyork die argentinische Anleihe von 45 Millionen Dollar zu 96½ aufgelegt.

Tirols Finanzbindungen

Die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen der Tiroler Wasserkraft-A.-G. (Tiwag) zur Beschaffung eines größeren Kredites haben zum Abschluß einer Obligationenanleihe in Höhe von 3 Millionen Dollar geführt. Die Anleihe ist nach 30 Jahren rückzahlbar und mit 7½ Prozent verzinslich.

Die „maßgebendsten" Aufwertungsgläubiger

Das Neuyorker Bankhaus Zimmermann & Forshay hat eine Denkschrift an den Aufwertungsausschuß des Reichstags und an die deutsche Regierung gerichtet, in der es bittet, daß die amerikanischen Investoren berücksichtigt würden. Sie wenden sich gegen den Glauben, daß Spekulanten die Mehrzahl der deutschen Werte besäßen und betonen, daß die Spekulation heute höchstens noch eine Million Dollar in Händen habe. Dagegen besäßen die ursprünglichen Zeichner heute noch ungefähr 50 Millionen Dollar Kriegsanleihe und 50 Millionen Dollar seien weiter nach Friedensschluß in städtischen und privaten Anleihen aufgenommen worden, so daß der aufzuwertende Betrag bescheiden sei. Sie bitten dringend um Berücksichtigung.

Die Stinnes-Krise

Nach dem Ausscheiden des Herrn Dr. Edmund Stinnes aus der Firma Hugo Stinnes wird, wie das WTB. von unterrichteter Seite erfährt, eine straffere Zusammenfassung der Geschäfte der Firma in Mülheim a. d. Ruhr stattfinden unter gleichzeitigem entsprechenden Abbau der übrigen Niederlassungen und Interessen. Die einheitliche Leitung der Firma hat Herr Hugo Stinnes junior übernommen, der bereits vor einiger Zeit seinen Wohnsitz nach Mülheim a. d. Ruhr verlegt hat. Die Freunde des verstorbenen Vaters Hugo Stinnes, die Herren Dr. Vögler, Dortmund, Witthoeft, Hamburg und Dr. Silverberg, Köln, treten in den Aufsichtsrat der „A.-G. Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Überseehandel" ein, in der die wesentlichen Interessen der Firma Hugo Stinnes vereinigt sind.

Die Verhandlungen standen unter dem Zeichen wohlwollendsten Augurenlächelns seitens der Herren Dr. Schacht und Kauffmann.

Barmatika

Die Kreissparkasse in Liebenwerda, die, wie wir vor kurzem ausführlich an dieser Stelle berichteten, durch doppelte Wechsel um 500 000 Reichsmark geschädigt worden ist, ist in Gefahr, abermals einen Verlust von einer halben Million zu erleiden. Der Kreissparkassendirektor hat Sparkassenbücher in Höhe von 550 000 Mark gefälscht und sie beim Reichsknappschaftsverein Charlottenburg und der Krankenkasse in Berlin beliehen. Das Geld hat er an kreditsuchende Industrielle ausgeliehen.

Beschwichtigungsmanöver

Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklärte, daß die wirtschaftliche Tragweite, die den Schwierigkeiten des Stinneskonzerns innewohnt, im Ausland stark unterschätzt werde. Die Schwierigkeiten des Konzerns seien dadurch entstanden, daß die Finanzierung der Stinnesschen Unternehmungen mit allzu kurzfristigen Geldern erfolgte. Insofern spiegle sich in der Situation des Stinneskonzerns allgemein die Lage der europäischen Wirtschaft wieder, die selbst im hohen Maße unter dem Mangel an langfristigen Krediten leide. Durch die Aktion der deutschen Großbanken werde die Firma Stinnes in die Lage versetzt, ihre Fälligkeiten prompt einzulösen.

Die deutsche Wirtschaft verliere das Ziel nicht aus dem Auge, dem Ausland zu beweisen, daß alle Kredite, die Deutschland gewährt werden, sicher angelegt sind und beim Fälligkeitstermin zurückgezahlt werden. Schacht erwähnte, daß die Firma Hugo Stinnes mit der Alpinen Montangesellschaft und den mit ihr in Verbindung stehenden österreichischen Interessen nicht das geringste zu tun habe. Die Interessen der Alpinen Montangesellschaft ruhen bei der Rhein-Elbe-Union und auf diese hat die Firma Stinnes, obwohl sie Aktien derselben besitze, keinen maßgebenden Einfluß.

Berlin wird amerikanisch

In der städtischen Finanzdeputation berichtete der Kämmerer über den Verlauf der seit Monaten schwebenden amerikanischen Anleiheverhandlungen. Nachdem der Kurs der Reparationsanleihe in Neuyork in letzter Zeit auf etwa 97 gestiegen ist, scheinen die Aussichten etwas günstiger zu werden als zuletzt. Der Betrag der Anleihe würde voraussichtlich nicht über 50 Millionen Mark gehen. Dieser würde ausschließlich für die Erweiterungsbauten der Elektrizitätswerke, zum Teil für die Fertigstellung der Nord-Süd-Bahn gebraucht werden. Welche Bedingungen im Zinssatz und in Übernahmekurs erreichbar sein werden, ist im Augenblick noch nicht bestimmt zu übersehen. Jedenfalls wird der nominelle Zinssatz nicht über 7 v. H. hinausgehen.

Berlin, 9. Juni. (Börsenbericht.) Bei den sich häufenden Meldungen von Betriebsstillegungen — nicht nur wie bisher, im Steinkohlenbergbau, sondern neuerdings auch aus den Braunkohlenrevieren — hat sich die Aufmerksamkeit der Börse wieder stärker auf die ungünstige Wirtschaftslage gelenkt. Zu dem dadurch in erhöhtem Maße hervorgerufenen Mißmut trugen auch die Pressenotizen bei, denen zufolge für die Mehrzahl der deutschen Hüttenwerke, die ihr Geschäftsjahr am 30. Juni schließen, mit keinen oder doch nur geringen Dividendenausschüttungen gerechnet werden könne.

Von vornherein überwog daher die Abgabelust auf allen Märkten, so daß anfangs leichtere und im Verlaufe empfindlichere Kursrückschläge eintraten. Sie erstreckten sich auf alle Gebiete und erreichten anfangs zumeist nur 1 Prozent, bisweilen 2 Prozent und nur vereinzelt 4 Prozent.

Die Geldverhältnisse bleiben unverändert leicht. Tagesgeld 7½ bis 9½ Prozent. Privatdiskont wurde weiter ermäßigt für Wechsel mit kurzer Sicht auf 7¾ und für solche mit langer Sicht auf 7⅝ Prozent.

Am Devisenmarkt hielt die Besserung von Paris und Brüssel an.

München, 9. Juni. (Freiverkehr, ohne Gewähr.) Adler Pen 40 g, Amperkraft 65 b, Danubia 1.7 g, 1.8 P., Fichtelgold 36 P., Füssener Genüsse 7 b, Kunreuther 32 b, Oberfränk. Überlandzentrale 84 b P., Orbis Film 0.2 bg, Papier Neumühle 46 bg, 48 P., Rosner Schuh 50 P.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Der Geschäftsbericht für die Jahre 1923 und 1924, welcher an den für das Jahr 1922 unmittelbar anschließt, umfaßt diejenige Zeit, in welcher die deutsche Wirtschaft den Weg von der Inflation und dem Zusammenbruch unserer Währung über die Einführung der Rentenmark und den Wiedereintritt stabiler Verhältnisse zu demjenigen Zustand gegangen ist, in welchem sie sich heute befindet. Die überaus große Fülle der gerade in diesen Monaten erlassenen, sozialpolitischen Gesetze, der lebhafte Kampf für und wider sozialpolitische Maßnahmen und die leidenschaftliche Form, welche die innenpolitischen Auseinandersetzungen zum Teil angenommen haben, gaben den in dem Bericht behandelten Problemen ihre große und auch die weite Öffentlichkeit interessierende Bedeutung. Der Wert der vorliegenden Veröffentlichung dürfte auch darin zu suchen sein, daß es sich nicht nur um eine historische Darstellung der sozialpolitischen Vorgänge während der Berichtszeit und eine Materialsammlung handelt, sondern daß der Bericht zum heutigen Stand der Dinge Stellung nimmt und auch Ausblicke auf die Gegenwart und, soweit das überhaupt möglich ist, auf die Zukunftsentwicklung gibt.

Hauptschriftleitung und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Lokales, Wirtschaft, Bewegung und Sport Hansjörg Maurer; für Kunst und Wissenschaft: Joseph Stolzing-Cerny; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ehers Nachfolger, G. m. b. H. Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn.

Erlebnisse eines türkischen Spions

von K. Efat

Übersetzt, mit einem Vorwort und einer Einleitung versehen von Kamûran Aali Bedr-Chan

Copyright 1925 by Franz Ehers Nachfolger, München

(14. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Ein Telegramm aus Siwas.

Am Morgen darauf klopfte es an meiner Tür. Supi Bey trat ein mit einem Telegramm in seiner Hand. Er sagte: „Mein Herr! Dieses schickte der Mufti. Ich glaube, es ist ein Telegramm aus Siwas."

Ich verstand gleich, daß es eine Rolle zu spielen galt und ließ mir gar nichts anmerken. „Ja," sagte ich, „geben Sie her!" Tatsächlich kam das Telegramm von Mustapha Kemal Pascha und meldete, daß die Verteidigungsverbände von Anatolien und Rumelien ihren ersten Kongreß in Siwas abhielten. Da Supi Bey nicht lesen konnte, las ich ihm das Telegramm vor. Später kam dann auch Kara Hassan, dem ich den Inhalt erzählte. Wir entschlossen uns darauf, in einem Telegramm an Mustapha Kemal Pascha die Lage in dem Bezirk Biga zu berichten und über das Organisationsprogramm und sonstiges von ihm Anweisungen zu erbitten. Ich setzte ein solches Telegramm auf, und als es die Zustimmung von Kara Hassan und Supi Bey fand, unterzeichneten wir es alle drei. Damit hatte ich den ersten Schritt getan.

Schließlich wurden wir gegenseitig sehr vertraut. Wir gingen mit Kara Hassan in die Dörfer hinaus und sahen uns im Bezirk um. Der Bezirk verfügte etwa über 2000 Gewehre. Diese Inspektion stärkte und festigte meinen Glauben gewaltig. Ich sah, daß Gewehre da waren, daß Leute da waren, dazu bereit, sich im Kampfe zu opfern, aber es gab keine Organisation. Hier war ein Mann als Führer vonnöten.

Damals kam ein Anhänger Kara Hassans nach Biga. Ein englischer Offizier sah bei diesem Mann ein englisches Gewehr, er nahm aus diesem das Schloß heraus und steckte es zu sich. Der Mann erzählte Kara Hassan in meiner Gegenwart die Geschichte. Ich sagte ihm, daß ich auf irgendwelche Weise ein Mittel finden werde, um das Gewehr zurückzugewinnen. Als Kara Hassan meine Rede hörte, meinte er: „Herr! Jener ist englischer Offizier. Ich habe Angst, daß Sie an dieser Tat zuschanden werden." Ich antwortete ihm, daß ich das Gewehr zurücknehmen und den Offizier sogar zwingen werde, die Stadt zu verlassen. Mit solchen Reden verfolgte ich den Zweck, die moralische Kraft Kara Hassans zu stärken und zu heben.

Der englische Offizier saß im Gasthaus des Hussein Bey. Als er uns im Wehranzug der Nationalkämpfer Kleinasiens auf sich zukommen sah, erblaßte er. Das machte mir nur noch mehr Mut. Dank dem ganzen Auftreten Kara Hassans, der mich mit mehreren, mit Gewehren versehenen Leuten begleitete, konnten wir wohl Furcht erregen. Übrigens merkte ich gleich, daß ich den Offizier vor mir hatte, der mich seinerzeit vom Gefängnis in der Glavanistraße in die Offiziersschule zum Verhör brachte und im englischen Nachrichtenbureau Dienste leistete. Ich glaube aber nicht, daß er mich erkannte.

Der Offizier wollte zunächst einen Dolmetscher rufen. Ich erwiderte indessen auf englisch, daß ich keinen Dolmetscher nötig hätte, kam gleich zur Sache und sagte im Auftrag des Kommandanten der freiwilligen Nationalkämpfer, er solle das Gewehr, das er einem unserer Leute abgenommen hätte, sofort zurückgeben. Verblüfft entgegnete der Offizier: „Es gibt hier Nationalkämpfer?" „Selbstverständlich!" antwortete ich, „jetzt gibt es diese Kämpfer an allen Ecken und Enden der Türkei und besonders hier in Biga ist die Organisation sehr stark. Vergessen Sie nicht, daß Sie hier vollkommen eingezingelt sind. Wenn Sie vorhaben, wegen eines Gewehres mit Leuten wie wir zu kämpfen, dann verweigern Sie die Herausgabe. Bevor Sie noch etwas fragen, geben Sie das Gewehr zurück und verschwinden Sie dann!" Der Offizier fragte: „Aber wie kann das möglich sein?" Ich antwortete: „Wie das sein kann, weiß ich nicht. Hier kostet Politik keinen Pfennig. Wir sind keine Politiker. Wir verstehen nichts von Waffenstillstand. Um diesen zu verstehen, müssen Sie nach Konstantinopel gehen. Ich bin lediglich gekommen, den Befehl zu übermitteln, den mir mein Kommandant gegeben hat. Weiteres zu sprechen, bin ich nicht berechtigt."

Der Offizier zog daraufhin das Gespräch nicht weiter in die Länge. Er befahl, das Gewehrschloß zu bringen und gab es uns stillschweigend zurück.

Wir kehrten damit ins Quartier zurück. Meine englischen Kenntnisse und meine Art, das Gewehr gleich so ohne weiteres zurückzuholen, kurz, mein Sieg in der ganzen Sache machten Supi Bey und Kara Hassan vor Staunen stumm. Seitdem aber hatte ich viel stärkeren Einfluß auf die beiden.

Auf zum Nationalkampf!

In meinem Herzen regten sich immer neue Gefühle. Als ich sah, wie es ein englischer Offizier wagte, in türkischen Landen so herumzukommandieren, kam mein Innerstes in Aufruhr. Ich bekam große Lust, diese schmutzigen Füße, die auf dem Boden meines Vaterlandes herumstampften, zu zerschlagen, die tyrannische Herrschaft dieser Leute, die sie sich meinem schuldlosen Volk gegenüber erlaubten, zu zerbrechen, und die Rache, die dabei auf meinen Teil traf, auszuführen. Dabei würde ich, wenn nötig, mein Leben daran setzen. Alles andere hatte ich vergessen, alles, sogar meine Mutter.

Der Weg, den ich gehen mußte, war mir klar. Um mein Ziel zu erreichen, war das erste, alle Kräfte, über die Kara Hassan verfügte, zu organisieren. In diesem Punkt waren wir alle einig. Kara Hassan, Supi Bey und ich leisteten einen Eid, daß wir dabei zusammen kämpfen und arbeiten und uns von keinem noch so großen Opfer würden abschrecken lassen.

Nach zwei Tagen kam von Siwas das Telegramm, das wir erwarteten. Dieses Telegramm lautete: „Verbindung mit annektionsfeindlichem Verein von Balkesir aufnehmen unbedingt notwendig."

Auf diese Anordnung hin faßten wir den Entschluß, ich solle nach Balkesir fahren, um dies zu bewerkstelligen. Ich nahm also von meinen Freunden Abschied und machte mich auf den Weg nach Bandirma, einem kleinen Hafen. Meine Absicht war, dort mit dem Korpskommandanten Jussuf Isset Pascha in Verbindung zu treten. Aber dann dachte ich, es wäre besser, vorher einmal die allgemeine Lage zu erkunden. Mit dieser Absicht kehrte ich in Bandirma in ein Wirtshaus ein, an dessen Fenster ein Plakat zu lesen war mit der Aufschrift: „Verband der Offiziere a. D." Ich trat ein. Der Pächter war ein Marineoffizier namens Hassan, ein guter, vornehmer Mann, voll vaterländischer Begeisterung. Wir sprachen über allerlei Dinge, und schließlich gab ich ihm meinen Reisezweck bekannt. Hassan Effendi antwortete mir, der für solche Dinge einzig richtige Mann sei der Oberstleutnant Kasim Bey in Balkesir. (Es ist der jetzige Kriegsminister Kasim Pascha.) Wenn ich mit diesem Offizier in Beziehung träte, dann könne ich auch gleich mit dem annektionsfeindlichen Verein Verbindung aufnehmen. Er fügte noch hinzu, daß ich sofort, ohne lange Zeit zu versäumen, nach Balkesir fahren solle. Ich fand den Rat des Hassan Effendi sehr gut und logisch. Er erklärte mir dann, daß er mich auf der Fahrt begleiten könne. Wir gingen also zusammen nach Balkesir.

Erste Beziehungen mit dem annektionsfeindlichen Verein.

In Balkesir suchte ich Kasim Bey auf und erzählte ihm alle meine Erlebnisse. Kasim Bey stellte mich am selben Tag verschiedenen Mitgliedern des annektionsfeindlichen Vereins vor. Der Präsident desselben war Hadschim Bey, Mitglieder davon der Abgeordnete von Smyrna Wassif Bey (jetzt Kultusminister), Netschati Bey (jetzt Verkehrsminister), Wechby Bey und Hulissy Bey (jetzt Abgeordneter von Karassi), und Osman Bey (jetzt Bürgermeister von Günan).

Die Wichtigkeit der Lage und die Heiligkeit meiner Pflicht hatte ich vollständig erfaßt. Nur innerlich spürte ich jetzt eine gewisse Angst. Werde ich auch meine Pflicht ganz erfüllen können? Ist mein Leben dieser heiligen und erhabenen vaterländischen Pflicht würdig? So fragte ich mich. Im Grunde genommen hatte ich ja bisher viele Gefahren zu bestehen gehabt. Bis jetzt hatte ich auch was ich immer begonnen, zu einem guten Ende geführt. Aber all das bisher Geleistete war nicht zu vergleichen mit dem, was ich jetzt zu tun im Begriffe stand. Mein reiner Herzenswunsch und das Wort, das ich gegeben hatte, waren bisher meine einzige Stütze. Heute schwor ich dem Hadschim Bey den Treueid.

Am Abend desselben Tages stellten mich Wassif und Netschati Bey dem jetzt verstorbenen Hamdi Bey vor, der später durch den Verräter Ansawar hingemordet wurde. Die Vorstellung erfolgte im Gebäude der Zeitung „Auf nach Smyrna!" Überall sah ich große Vorbereitungen, Erregung und eifrige Tätigkeit. Wassif Bey ermunterte mich mit seinen warmen gefühlvollen Worten, die von reinster Vaterlandsliebe erfüllt waren, zu weiterer vaterländischer Arbeit.

Fortsetzung folgt.

Jedes Gespräch über einzelne Nationen ist den Jesuiten aufs strengste verboten; das Ideal des Ignatius war, sagt Gothein, „alle Nationen durcheinander zu werfen"; nur wo die Staaten es zur Bedingung machten, ließ er den Unterricht durch Eingeborene geben, sonst war es sein stehendes Prinzip, jedes Mitglied aus seinem Vaterlande zu entfernen, wodurch zugleich erreicht wurde, daß kein Jesuitenschüler durch ein Mitglied seiner eigenen Nation herangebildet wurde. Das System ist seither nicht geändert.

Houston Stewart Chamberlain, Grundlagen.

Wohnungsnot, Staatsdarlehen Steuern

Wir werden um Veröffentlichung nachstehender Zuschrift ersucht: Über die herrschende Wohnungsnot wird seit Jahren in allen Zeitungen geschrieben. Dutzende von Behörden machen Erhebungen mit Statistiken und Steuern werden erhoben in einem Maße, das schon längst als untragbar für das ganze Wirtschaftsleben erkannt wurde. Die sittlichen, moralischen, vor allem aber die gesundheitlichen Schäden wurden eingehend untersucht und in ergiebigen Abhandlungen besprochen. Kreis-, Land- und Reichstag, kurzum alle Körperschaften, welche sich mit Wirtschafts- und Sozialfragen beschäftigen, haben die Frage behandelt. Die Ärzteschaft hat in flammenden Aufrufen zur Linderung der Wohnungsnot aufgefordert und jedem Eingeweihten sind die endlosen Verhandlungen und Reden bekannt, welche sich mit diesem Thema befassen.

Betrachten wir nun, wie in diesen 6 Jahren die Frage der Wohnungsnot von dem Referenten der Regierung von Oberbayern behandelt wurde, so sehen wir, daß immer noch keine praktische Lösung gefunden wurde. Man sollte glauben, daß nunmehr so viel Erfahrungen vorliegen, daß eine einheitliche Behandlung gewährleistet ist. In Wirklichkeit findet man, daß innerhalb eines Landes schon in den verschiedensten Kreisen ein anderes Verfahren eingeschlagen wird. Wohl gibt das Sozialministerium frühzeitig gutdurchdachte Richtlinien heraus, aber an den nachgeordneten Stellen finden wir teilweise eine direkte Sabotage dieser Bestimmungen. In Franken, Pfalz usw. funktionierte die Regierung schnell und gut. In Oberbayern, dem wichtigsten Kreise, sehen wir ein vollständiges Versagen. Schon im November 1924 wurden von dem Sozialministerium die Richtlinien zur Erlangung von Staatsdarlehen herausgegeben. Die Folge davon war, daß eine Unmenge von Gesuchen eingereicht wurden. Nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres sollte man nun glauben, daß im Februar die Entscheidung hätte fallen können, wer mit Darlehen bedacht werden kann. Nun ist aber bei der Regierung von Oberbayern ein einziger Herr mit dieser kolossalen Aufgabe betraut und muß gesagt werden, daß derselbe dieser Aufgabe nicht gewachsen ist. Abgesehen von dem ungerechtfertigten Betragen gegenüber dem Publikum übernimmt es der Referent der Regierung von Oberbayern auch noch, Detailfragen zu behandeln. Es herrscht dort nachgerade eine recht sonderbare Wirtschaft, indem einzelne Gesuchsteller Zusagen bekommen, die alsdann wieder zurückgezogen werden, nachdem der Baulustige auf Grund der gemachten Hoffnungen schon alle möglichen Aufwendungen gemacht hat. So sehen wir, daß nach 6 Jahren Praxis in der Wohnungswirtschaft der Herr Regierungswohnungsrat bis Ende Mai noch nicht einmal seinen Verteilungsplan fertig hat.

Betrachtet man die ungeheuren volkswirtschaftlichen Schäden dieser Art von Arbeit, so kommen wir allein für den Regierungsbezirk Oberbayern zu Millionenschäden. Während in den Nachbarkreisen die Bauten schon unter Dach sind, hat man in Oberbayern noch nicht einmal eine Entscheidung über die Gesuche. Es ist nun bekannt, daß in den letzten 2—3 Monaten sowohl die Löhne als auch die Materialien um 15—30 Prozent gestiegen sind. Es ist auch jedem bekannt, daß mit der bewilligten Summe kein Haus zu bauen ist, auch wenn man einfachste Ansprüche zugrunde legt. Nimmt man eine durchschnittliche Verteuerung von 20 Prozent an, so sehen wir, daß ein Fünftel der ganzen für Oberbayern bewilligten Summe für die Gesuchsteller verloren geht. Eine große Anzahl wird mitten im Bau wieder stecken bleiben und der Zweck der ganzen Aktion ist herabgemindert und zwar nur deshalb, weil der Referent bei der Regierung sich darauf versteift, allein die ganze Sache zu bearbeiten. Der richtige Weg dürfte doch der sein, daß jede Gemeinde durch das Bürgermeisteramt die dringlichsten Gesuche sammelt und begutachtet an das Bezirksamt gibt. Das Bezirksamt hätte dann in kurzer Zeit Gelegenheit, die Bedürftigsten herauszusuchen, die Fälle nachzuprüfen und der Regierung hierüber Bericht zu erstatten. Die Regierung könnte dann ebenfalls in kurzer Zeit im Benehmen mit dem Sozialministerium, dem Finanzministerium und dem Landtag die weiteren Maßnahmen ergreifen. Ein Regierungsbezirk könnte alsdann auf die einzelnen Bezirksämter bestimmte Summen verteilen und Sache dieser Behörde wäre es im Verein mit dem Bezirkstag, auf Grund seiner lokalen Kenntnisse die Endverteilung der Summe vorzunehmen. So hätte Ende Februar jeder seinen Bescheid haben können, ob er ein Darlehen bekommt oder nicht. Nutzlose Arbeit, Ärger und Zeitverluste würden dadurch vermieden und die schönste Bauzeit bräuchte nicht nutzlos zu verstreichen.

Auch im Interesse des Steuerzahlers ist es dringend notwendig, daß eine andere Regelung eintritt. Die ungeheuerlichen Lasten, welche auf dem Hausbesitz infolge Wohnungsbauabgabe mit Zinssteuer usw. liegen, werden auf diese Art und Weise verewigt. Statt die Wohnungsbauabgaben und den gesetzmäßig bestimmten Teil der Mietzinssteuer zum Bau neuer Wohnungen restlos zu verwenden, sehen wir, daß damit von seiten des Finanzministeriums alle möglichen anderen Ausgaben bestritten werden. Diese höchst bedauerlichen Vorgänge dauern nun schon Jahre. Statt die ganze Summe in der Hand des Sozialministeriums zu vereinigen und dort laufend während des ganzen Jahres Beträge herauszugeben, finden wir, daß nur ein bescheidener Teil der eingehenden Steuern für seinen gesetzlichen Zweck verwendet wird. Es werden von vorneherein für Landessiedelung Summen abgetrennt und dort nicht immer einwandfrei verwendet. Es werden besondere Fonds gebildet und dadurch eine Zersplitterung der ganzen Aktion hervorgerufen. Es muß also auch im Interesse der Steuerzahler endlich einmal auf den praktischen Weg hingewiesen werden, und das Beispiel der Nachbarkreise zeigt, daß gerade in Oberbayern durch die Verschleppungstaktik des Referenten ein nicht wieder gut zu machender Schaden entsteht. Am Kreis- und Landtag ist es nun gelegen, einmal Fachleute aus der Praxis zu hören und nach deren Urteil Gesetze zu erlassen, welche diese Schäden hintanhalten.

Jüdische Strategie

(Von unserem —g-Mitarbeiter.)

Die Juden zerstören. „Ferment" nannte sie Mommsen; denn im faulen Fleische gedeihen die fettesten Maden! Der katholische Klerus glaubt zum überwiegenden Teile an die Harmlosigkeit der Juden. Es wäre zu wünschen, daß an den Priesterseminaren auch Talmudvorlesungen abgehalten werden! —

Gegen die Freimaurerei kämpfen und die Tendenzen des internationalen Judentums aus „christlicher Nächstenliebe" schonen, heißt das Evangelium verkünden und Christum verleugnen!

*

Das zerstörende Element des Judentums wird gegen die christliche Kultur einen Zweifrontenkrieg führen: es wird immer einen Teil der christlich-arischen Bevölkerung gänzlich zu entwurzeln trachten und ihn nach Beraubung seines Glaubens als Stoßtrupp gegen den Restteil verwenden. Dies gelang durch die marxistischen Lehren. Und es wird in dem Reste der noch glaubenstreuen Bevölkerung durch Schaffung von Sekten einen Teil gegen den anderen auszuspielen trachten. Diese Gefahr droht uns riesengroß! —

*

Dostojewsky, der größte russische Denker, schrieb 1880 über das internationale Judentum: „Alle diese Bismarcks, Beaconsfields, die französische Republik, Gambetta und andere —, sie alle sind für mich nur eine vorübergehende Erscheinung. Ihr Herr und Meister, wie der des ganzen Restes und von ganz Europa bleibt der Jude und seine Bank." Wie verlautet, unterstützt die bolschewistische Regierung die Gründung von Privatbanken, damit „das Privatkapital dem Staate wieder nutzbar gemacht werde ...!"

*

Der Jude wird den Nationalismus seines Wirtsvolkes nähren, soweit er seinen Wirtschaftsinteressen dienlich ist. Er wird den Nationalismus auch dann noch nähren, wenn er glaubt, daß er ihn durch sich selbst vernichten kann. Der französische Linksblock, der heute in erbitterter Feindschaft dem „Block National" gegenübersteht, klatschte frenetisch Beifall, als Poincaré-Millerand den Ruhreinmarsch befahlen!

*

Als für die fetteste Pfründe Altösterreichs, Olmütz in Mähren, Hrn. Kohn zum Erzbischof gewählt wurde, da soll ein österreichischer Erzherzog, als er das Wahlergebnis erfuhr, seine Umgebung sarkastisch gefragt haben: „Ja, ist er denn getauft?" Er hätte eher fragen sollen, ob ein Arier Oberrabbiner werden kann!

*

Es ist für die Juden bisher noch bedauerlich gewesen, daß ihre Rassegenossen nicht gleichzeitig in den einzelnen christlich-arischen Staaten die Regierungsgewalt erreichten. Man stelle sich vor einen „Völker"bund, in welchem Frankreich durch seinen jetzigen Innenminister Abraham Schramek, England durch den Hebräer Lord Reading, Vizekönig (!) von Indien, Deutschland durch den seligen Rathenau, Italien durch Sonnino, Ungarn durch Bela Kuhn, Österreich durch den Hebräer Genossen Bauer und Rußland durch den Juden Tschitscherin vertreten wäre. Würde dieser Kongreß den arischen Völkern die Augen öffnen? — Es wäre zu spät!

In Oran (Algier) hat der Altbürgermeister bei den letzten französischen Gemeindewahlen eine Allianz der drei lateinischen Nationen, der französischen, italienischen und spanischen, gegen das aussaugende, fremdrassige, schmarotzende Judentum zustandegebracht und gesiegt! Gegen die Allianz der Verständigung wird das internationale Judentum immer machtlos sein!

*

Ein Volk, das Juden in seiner Mitte hat und nicht antisemitisch ist, besteht entweder aus Kulis oder aus — Stupiden!

Zweierlei Maß

Unter dieser Überschrift berichtet die „Vossische Zeitung":

„Auf der Tauentzienstraße in Berlin stand bis vor kurzem ein Bürschchen, das neben einem völkischen Blatt vor allen Dingen Hakenkreuze verkaufte, trotzdem die polizeiliche Anweisung dahin ging, daß nur der Verkauf von Zeitungen gestattet sei. Die Anweisung wurde auch mit Strenge durchgeführt; u. a. erhielt ein armer Zündholzhändler eine für seine Verhältnisse empfindliche Geldstrafe, während der Blechladen des völkischen Jünglings vom polizeilichen Zugriff verschont blieb. Der Hakenkreuzverkäufer ist erst verschwunden, nachdem er von empörten Passanten tätlich angegriffen wurde."

Offenbar bedeutet die Überschrift, daß die „empörten" Passanten mit zweierlei Maß gemessen haben. Den armen Zündholzhändler ließen sie ungeschoren, den Hakenkreuzverkäufer aber verprügelten sie. Es ist aber auch eine echt völkische Frechheit, in einer Straße, die die Juden als ihre unbestrittene Domäne betrachten, völkische Zeitungen und Hakenkreuze feilzubieten, und dadurch den von Juden, Dirnen und männlichen und weiblichen Homosexuellen bestrittenen, berühmten Tauentzienstraßenbummel zu stören.

Überflüssig, zu bemerken, daß die „empörten Passanten" jüdische „Helden" waren, die mit bekannter makkabäischer Tapferkeit über einen einzigen Deutschen herfielen!

KINO-ANZEIGER

Nach dem Kino: Eine Zigarette der Fabrikate der Österreich. Tabak-Regie

Nach dem Theater: raucht selbst der Laie die Zigarette „Metzger" Nr. 3

RATHAUS-LICHTSPIELE — Die Andere — Fix und Fax im Strandhotel

SENDLINGERTOR-LICHTSPIELE — JACKIE — Der kleine Robinson

Dachauerstr. 16 UFA-THEATER gg. Marsstr. — Der Flug um den Erdball — I. Teil: Von Paris bis Ceylon

KAMMERLICHTSPIELE / Kaufingerstr. 29 — Telephon 24827 — MAE MURRAY in Die Pfauen-Königin

Telephon 53377 LICHT-SCHAUSPIELHAUS Dachauerstr. 46 — Wer von den Garde-Offizieren hat das Mädchen entehrt? — Im Namen des Kaisers

Passage-Theater Kaufingerstraße 14 — Sonne im Herzen — 6 entzückende Akte nach dem englisch. Roman „Pollyanna" Hauptrolle: Mary Pickford — Ferner: Löwen an Bord — Fox-Groteske in 2 Akten

KI-PA Film Palast Müllerstraße 32 Blumenstraße 29 — Haltestelle der Linien 2 u. 7, Fraunhofer-Müllerstr. — Ab Freitag, 29. Mai — Zapfenstreich — Nach dem weltberühmten Drama v. Franz Adam Beyerlein — Jack Dempsey der Weltboxmeister im Film

Regina-Lichtspiele Kaufingerstr. 23 (Domfreiheit) und **Imperial-Theater** Schützenstraße 1a — Zum Gipfel der Welt

THEATER-ANZEIGER

Donnerstag/Freitag, den 11./12. Juni 1925

National-Theater	Prinz-Reg.-Theater	Schauspielhaus	Kammerspiele
Donnerstag: Figaros Hochzeit, Anfang 6½ Uhr. Freitag: Petronschka, Gianni Schicchi, Anfang 6½ Uhr	Donnerstag: Doktor Klaus, Anfang 7½ Uhr	Donnerstag: Die fünf Frankfurter, Anfang 3½ Uhr; Heimliche Brautfahrt, Anfang 7½ Uhr. Freitag: Heimliche Brautfahrt, Anfang 7½ Uhr	Donnerstag: Hasemanns Töchter, Anfang 3 Uhr; Troilus und Kressida, Anfang 7½ Uhr. Freitag: Sechs Personen suchen einen Autor, Anfang 7½ Uhr
Residenz-Theater Donnerstag: Der Schwierige, Anfang 7½ Uhr	**Volkstheater** Donnerstag: Der Meisterboxer, Anfang 4 Uhr; Mein Mann, der große Künstler, Anfang 7½ Uhr. Freitag: Mein Mann, der große Künstler, Anfang 7½ Uhr	**Gärtnerpl.-Theater** Donnerstag: Fidele Bauer, Anfang 3 Uhr; Revanche, Anfang 7½ Uhr. Freitag: Revanche, Anfang 7½ Uhr	**Operetten-Bühne** Lustspielhaus, Barer Str. 7 — Donnerstag u. Freitag: Gräfin Mariza, Anfang 7½ Uhr

RUNDFUNK MÜNCHEN

Donnerstag, den 11. Juni.

12—1 Uhr: Morgenfeier.
Mitwirkende:
Kammersänger Julius Gleß (Baß).
Richard Staab (Klavier).

Nachmittagskonzert 3—6 Uhr.

3—4.30 Uhr: Kammerquartett Anny Rosenberger.
Mitwirkende:
Frz. Hellmeier (Cimbal).
Hedwig Hegnauer (Alt).
Ernst Luger (Fagott).

4.30—5 Uhr (in der Pause): Prof. Dr. Hermann Nasse: Wie die Münchener Frauenkirche entstand.

5—6 Uhr: Kapelle Max Pfahler.

6.15—7 U.: Vortr. Hofschauspieler Fritz Basil: Das Fichtelgebirge und die Luisenburg.

7.45—9.15 Uhr: Musik und Dichtung im deutschen Hause.
Mitwirkende:
Albert Spenger (Rezitationen).
Maria Kiesl (Sopran).
Emanuel Gianna (Bariton).
Willy Palmedo (Violine).
W. Pfeiffer (Cello).
Richard Staat (Klavier).

9.15—10 Uhr: Robert Kothe und Lies Engelhardt, Lieder und Zwiegesänge zur Laute.

10 Uhr: Pressemeldungen, Sportfunk, Zeitangabe, Wetterbericht Geschäftsnachrichten.

10.30—11.30 Uhr: Unterhaltungskonzert d. Rundfunkkapelle.

Freitag, den 12. Juni.

11.45 Uhr: Wetterbericht und Zeitangabe.

2 Uhr: Pressemeldungen, Zeitangabe, Wetterbericht, Börsennachrichten.

3.30 Uhr: Bayerischer land- und forstwirtschaftlicher Rundfunkdienst der Bayer. Landesbauernkammer in Verbindung mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat.

Nachmittagskonzert 4—6 Uhr:

4—4.45 U.: Kammerquartett Anny Rosenberger.

4.45—5 U. (in der Pause): 15 Minuten der Frau.
Vortragende: Frau Elfriede Jessen.

5—6 Uhr: Die Rundfunkkapelle.

6 Uhr: Bayerischer land- und forstwirtschaftlicher Rundfunkdienst der Bayer. Landesbauernkammer in Verbindung mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat.

6.30—7 Uhr: Schriftsteller Johannes Mayrhofer, Regensburg: Ernstes und Heiteres aus der Schule (aus eigenen Werken).

7.15—7.35 Uhr: Russische Leseübung.

7.45—8.20 Uhr: Vortrag Schriftleiter Schupp von der „Bergwacht": Ehrfurcht vor der Natur. Eine Mahnung an Wanderer und Bergsteiger.

8.30—9.30 Uhr: Kammermusikabend
Das Berber-Quartett.

9.30—10 Uhr: Rezitationen.
Der Prater — Adalbert Stifter.
(Vortragender: Albert Spenger.)

10 Uhr: Pressemeldungen, Sportfunk, Zeitangabe, Wetterbericht, Geschäftsnachrichten.

„Deutsche Stunde in Bayern", Abteilung Vertrieb / Funkhaus / Karlstraße 21
Verkauf und Vorführung hochwertiger Rundfunkempfänger, Detektor-, Röhren-Apparate, Lampen, Kopfhörer, Lautsprecher, Zubehör, Antennenbau

Verwenden Sie **Helios-Detektoren,** die Qualitätsmarke

Sport- und Fachmann, denke dran:
Alles gibt's — bei

München — Sonnenstr. 27 — Fernspr. 51446, 57621
Nürnberg — vord. Sterng. 1 — Fernsprecher 8866

Große deutsche Druckfarbenfabrik sucht zu sofort gut eingeführten
Vertreter für Bayern
Zuschriften unter 206 a. d. »Völkischen Beobachter« Anzeigen-Abteilung Schellingstr. 39

Molkerei-Produkte, M. Meierhofer
Immenstadt (bayer. Allgäu)

Emmenthaler ohne Rinde, Marke „Alpsee" Postkolli zu 18 Stück in Originalschachteln zu 6 Portionen . . . . M.	1.15
Camembert, Postkolli zu 12 Stück in Originalschachteln zu 6 Portionen . M.	1.70
Delikateßkäse, Marke „Willersalp", Postkolli zu 60 Stück à . . . . . M.	-.25
Ia Stangenkäse, 20%, Marke „Laubenberg", Postkolli . . . . M.	6.80
ff. Allgäuer Molkereibutter 20 Pf. höher nach Kempter Höchstnotierung zur Zeit 9 Pfund . . . . M.	18.50

„Michel"
Mit dem bebilderten Blatte „Der kleine Michel".
Führende völkische Wochenschrift!
Über die ganze Erde, soweit Deutsche wohnen, verbreitet.
Leitgedanke: Fürs deutsche Volk! Keiner politischen Partei zu Liebe! Mitarbeiter: Die führenden Geister der völk. Bewegung.
Ein Urteil: „Ich habe selten — in völkischen Kreisen überhaupt noch nicht — eine so gut und geschickt geleitete Wochenschrift gelesen." Dr. Schmidt-Gibichenfels, Herausgeber der „Pol. Anthrop. Monatsh."
Haupt-Verlag: Graz, Grillparzerstraße 22.
Umfang 12—16 Zeitungsseiten. Preis viertelj. 2 Mark oder 2½ Schillinge.

Besucht die im Völkischen Beobachter inserierten Vergnügungs- u. Gaststätten

Mietpianinos!
Pianino sehr gut erhalt. 525
Pianino fast neu 875
Neue Pianos, hervorragend im Ton und Ausst., zu günstig. Teilzahlung. v. M. 1050 an.
Guenau Pianolager Augustenstr. 76

bei 30.- Anzahlung
Fahrräder
M. 65, 75, 85, 95, 105, 115
Rahmen, Zubehör, Gummi billigst — Reparaturwerkstätte für alle Fahrräder
Kroiss Schellingstr. 52 Ecke Barerstr. Lin. 10

Materialverwalter
Magazinier, sprachenkundig, in Gas-, Wasser-Kanalfach, Elektrizität, Röhrenlager aller Art, Bauunternehmungen tätig gewesen, auch in Ölfabriken bewandert, sucht Stellung. Offerten unter Nr. 202 an die Anz.-Abt. ds. Bl. erbeten.

Staatsbeamter
sucht bei kinderlosem, älterem Ehepaar
gut möbl. Zimmer
Nähe Bahnhof oder Schwabing. Offerten mit Preisangabe an die Anz.-Abt. d. Bl. erb.

Radio Doppel-Kopfhörer
M. 3.95 statt M. 9.50 — Qualitätsware — M. 4.50 statt M. 11.50
»FARKONIT«
das lautstarke Edelkristall M. 1.—
Rundfunkbedarf - Gabelsbergerstr. 72
Ecke Schleißheimerstraße

Altpapier
Alteisen, Lumpen, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Staniol, kauft stets bestens
Josef Duschl
Dachauer Straße 21/0
2. Hof links. Tel. 55236

Vorteilhaftes Angebot
Kleiderstoffe

Cheviot doppelbreit, reine Wolle, gute Qualität, per Meter . . . . M. 2.50	1.95
Cheviot 130 cm breit, reine Wolle, vorzügliche Qualität, per Meter . M. 3.80	2.95
Noppenstoffe 140 cm breit, vorzügliche Qualität für Röcke, Kostüme und Knabenanzüge, per Meter	3.50
Kostümstoffe 130/140 cm breit, gute halbwollene Qualitäten, in schönen Mustern, per Meter . . . . M. 2.90, 2.50, 2.20	1.95
Kostümstoffe 130/140 cm breit, reine Wolle, in schönen modernen Mustern, per Meter . . . . M. 5.90, 5.50, 4.80, 4.50	3.90
Sportstreifen und Karos 130/140 cm breit, reine Wolle, für fesche Sportröcke und Kostüme, per Meter . . . . M. 5.90, 4.90	3.90
Rockstreifen ca. 105 cm breit, vorzügliche Qualität, in schönen dunklen mittleren und hellen Streifenstellungen, per Meter . . . . M. 3.50	2.90
Kleider- und Rockstoffe doppelbreit, solide, halbwollene Qualitäten, gestreift und kariert, per Meter . . . . M. 2.65, 1.95, 1.75, 1.60, 1.35	1.25
Blusenstreifen hell und dunkel, in vielen Farbenstellungen, per Meter M. 1.65, 1.50, 1.35, 1.15	-.95
Reinwollene Blusenstoffe aparte Streifen, in großer Farbenauswahl, nur beste Qualitäten, per Meter . . . . M. 3.60, 2.90, 2.50	1.95
Wollmousseline ca. 75/80 cm breit, reine Wolle, in vielen schönen modernen Mustern für Kleider und Kasaks, per Meter . . . . M. 4.50, 3.90, 3.50, 2.95	2.90

Muster nach auswärts. Versand nur gegen Nachnahme, von Mark 20.— an franko!
Madlener
Sendlingertorplatz 10

Niedersächsischer Beobachter
Pflichtorgan der Mitglieder des Gaues Hannover der N. S. D. A. P. umfassend Provinz Hannover, Freistaaten Braunschweig, Bremen und Oldenburg
Erscheint jeden Freitag
Große Verbreitung in Stadt und Land
Anzeigen wirksamen Erfolg
Verlagsort: Bockenem am Harz

Unsere Leser
decken ihren Bedarf für
Frühjahr und Sommer
nur bei
unseren Inserenten